

Überdeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Zusteller vierteljährlich 3,00, monatlich 1,30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 140.

Donnerstag, den 19. Juni 1919.

26. Jahrg.

Das Ultimatum des Brandenburgischen Landbundes.

Von H. Schmidt.

Auf der letzten Tagung des Bundes der Landwirte wurde bereits vielfach mit der Drohung, daß die Landwirte sich die weitere Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft nicht mehr gefallen lassen und zur Selbsthilfe greifen würden, gespielt. Die „Deutsche Tageszeitung“ und andere agrarische Interessenblätter haben in der Zwischenzeit weiter diesen Gedanken eifrig ausgeprochen und offen oder versteckt von einem Streik der Landwirte gesprochen. Diese Kampfanlage hat dem Brandenburgischen Landbund, an dessen Spitze sich einige extrem-agrarische Wortführer gesetzt haben, den Anreiz gegeben, nunmehr von der Drohung zur Tat überzugehen. Sie wandten sich zunächst mit einem Ultimatum an das Reichsernährungsministerium, in dem in scharfer Weise verlangt wurde, daß man sich bis zum 10. Juni darüber zu erklären habe, ob spätestens am 1. August die Zwangswirtschaft aufgehoben werde und weiter mindestens die Viehpreise um 100 Prozent erhöht würden.

Ueber die Antwort, die den Herren im Reichsernährungsministerium bei dem mündlichen Vortrag ihrer Wünsche zuteil wurde, hat man sich reichlich viel aufgeregt und in der agrarischen Presse einen lebhaften Entrüstungsummel aufgezogen. Auch ein Teil der liberalen Presse hat mehr oder weniger ihrem Anmut über die angeblich scharfe Behandlung, die den Herren Agrariern zuteil wurde, Ausdruck gegeben. Das ist dieselbe Presse, die bei jeder Gelegenheit, wenn die Preise der Lebensmittel erhöht werden, nicht laut genug ihre Klage gegen das Reichsernährungsministerium erhebt, aber in vorliegendem Falle, wo ganz unerhört hohe Ansprüche gestellt werden, auf einmal die Berechtigung des Verlangens entbehrt.

Was gab Anlaß zu der scharfen Abweisung der Ansprüche der Herren vom Landbund? Zunächst die Form des Ultimatum, das dahin lautete, bis zum 10. Juni habe sich der Reichsernährungsminister zu erklären, ob er die Forderungen des Landbundes erfüllt, und die weitere Androhung, die bei der persönlichen Aussprache hinzugefügt wurde, daß bei einer Ablehnung der Forderung die Herren sich selbst von jeder Preisbeschränkung der Produkte und der Ablieferungsfrist befreien würden. Auf diese Drohung ist den Herren erklärt worden, daß es nicht nötig sei, bis zum 10. Juni auf die Antwort zu warten, sie könnten die Antwort sofort mitnehmen. Diese Antwort bestand in einer glatten Abfuhr ihrer Forderung.

Eine Viehpreiserhöhung um 100 Prozent bedeutet eine Erhöhung des Fleischpreises in gleicher Höhe. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft am 1. August würde eine Preissteigerung aller notwendigen Lebensmittel um 200—300 Prozent zur Folge haben. Daß bei einem solchen Anspruch jede Rücksicht auf das Gemeininteresse geschwunden ist, die Preise nur auf Konjunkturgewinn gestellt werden, bedarf keiner Begründung, ganz abgesehen davon, welche Folgen eintreten müßten, wenn mit diesen Lebensmittelpreisen die Löhne in Einklang gebracht werden sollten. Gegenüber der Behauptung dieser Rotpfeiler des Landbundes, daß bei der freien Wirtschaft die Preise sich in mäßigen Grenzen halten würden und eine hinreichende Versorgung nur auf diesem Wege möglich sei, ist den Herren von mir erklärt worden, daß ihr volkswirtschaftliches Verständnis anscheinend nur darauf gerichtet ist, der Landwirtschaft die Taschen zu füllen. Da nun die Herren mit ihrer Dummheit nicht allein paradiere wollen, haben sie die Antwort dahin ungenügend, daß vom Reichsernährungsministerium der gesamten Landwirtschaft mangelhaftes volkswirtschaftliches Interesse nachgesagt wurde. Davon kann natürlich keine Rede sein, denn die Herren vom Landbund sind von mir nie als die Vertreter der gesamten Landwirtschaft eingeschätzt worden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die erhöhten Produktionskosten zu einer weiteren Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte führen muß. Aber diese Preisbemessung muß sich halten an den Nachweis der erhöhten Produktionskosten und nicht an eine Ausnützung der freien Konjunktur der Landwirtschaft. Es ist zu verstehen, daß diese Kreise einen starken Anreiz für die freie Wirtschaft bekommen, wenn sie sehen, daß gegenwärtig die Zersetzungspreise im freien Verkehr bis auf 250 Mark gestiegen sind und für Kinder, die als Nahrung in den Handel kommen, bis zu 4000 Mark gezahlt werden. Verständige Landwirte, die das Angebot einer solchen Wirtschaft erkannt haben, fühlen selbst das Unhaltbare dieser Wucherpreise; indes beim Brandenburgischen Landbund haben diese Preisbewegungen nur erneute Begehrlichkeit ausgelöst, die hier, sie auch bei anderen Erzeugnissen der Landwirtschaft auf die gleiche Höhe zu treiben. Gegen diese freie Wirtschaft muß das Interesse der Konsumenten gewahrt werden. In welcher Weise übrigens die Forderung nach Preiserhöhung begründet wurde, dafür bietet die Deutsche Tageszeitung ein treffendes Beispiel, die fortgesetzt darauf hinweist, daß die ausländischen Lebensmittel im Preise um das Vielfache höher stehen, als die Preise, die der Landwirt für seine Produkte bekommt. Systematisch wird verschwiegen, daß allein durch die Valutadifferenz der Preis der ausländischen Lebensmittel um rund das vierfache gesteigert wird. Würde man diese Differenz erwähnen, so müßte natürlich der Landwirt erkennen, daß einige Auslandsprodukte sogar im Preise mäßiger stehen als im Inlande. Aber man könne dann nicht zu der dema-

gogischen Darstellung, die große Differenz in der Preisgestaltung zu benützen zu dem „Nachweis“, daß der Landwirt um seinen gerechten Lohn gebracht werde.

Die Herren vom Brandenburgischen Landbund sind nun nach der im Reichsministerium erteilten Abfuhr dazu übergegangen, folgendes Zirkular in Umlauf zu setzen:

„Wir unterzeichneten Landwirte der Gemeinde . . . im Organisationsbereich des „Wirtschaftsverbandes der Landwirte des Kreises Landsberg a. W.“ greifen, da wir auf die Eingabe obgenannten Landbundes an den Reichsernährungsminister ohne befriedigende Antwort geblieben sind, notgedrungen zur Selbsthilfe und werden von der in der Eingabe genannten Zeit ab, unsere Produkte im freien Handel und Verkehr veräußern.“

Auf diese Streitanzeige sei den Herren folgendes gesagt: Es wird Veranlassung genommen werden, in den Bezirken, in denen die Landwirte sich dieser Bewegung anschließen, durch besondere Maßnahmen mit aller Schärfe den Schleichhandel unschädlich zu machen, denn der freie Absatz der Produkte würde nur als eine Abgabe im Schleichhandel zu bewerten sein. Jeder Verkäufer macht sich strafbar, der diesen Weg für den Absatz seiner Produkte wählt. Zu irgend welcher Schonung wird in diesem Falle kein Anlaß vorliegen. Außerdem aber wird in den Bezirken sofort durch entsprechende Kontrollkommissionen die vollständige Erfassung der noch vorhandenen Bestände mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden und den betreffenden Landwirten das Recht der Selbstversorgung entzogen werden. Sind diese Maßnahmen nötig, so werden sich die Landwirte bei keinem andern zu bedanken haben, als bei den Wortführern ihrer Interessen, denen jedes Verständnis für das Gesamtinteresse des deutschen Volkes fehlt.

Wiederholt ist in der Nationalversammlung von mir erklärt worden, daß die Zwangswirtschaft nicht länger aufrecht erhalten werden solle, als unbedingt notwendig ist. Es sind bereits Lieferungen in der Zwangswirtschaft eingetreten, die ziemlich weit gehen und die in ihrer Wirkung nicht ermutigen zu einem schnelleren Tempo der weiteren Auffassung. Es werden die Preise erhöht werden in dem Umfange berechtigter Ansprüche. Mit der Erhöhung der Viehpreise, die unmittelbar bevorsteht, wird aber zugleich ein Höchstpreis für Magerfleisch und Ferkel eingeführt werden, damit den wüsten Treibereien ein Ziel gesetzt wird. Aber mit aller Entschiedenheit muß es abgelehnt werden, Ansprüche, vom einseitigen Interessenstandpunkt diktierte Forderungen als berechtigt zu erachten. Das Geschrei der Herren wird nicht davon abhalten, das zu tun, was im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist, ohne daß dabei begründete Ansprüche der Landwirtschaft verletzt werden.

Zum Friedensvertrag.

Die deutsche Delegation hat einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag abzulehnen. Sie hat diesen Standpunkt in einer Denkschrift dem Kabinett unterbreitet. Der Auffassung der Delegation haben sich auch die Sachverständigen angeschlossen.

Das ist ein rasches Urteil in der wichtigsten Daseinsfrage Deutschlands. Wir haben gestern dargelegt, daß die Zugeständnisse der Alliierten so gut wie gar nicht ins Gewicht fallen. Wir müssen uns aber auch der Konsequenzen bewußt sein, wenn wir den Vertrag ablehnen. So schnell die Frage: „Ablehnen oder annehmen?“ gestellt ist, so schwer ist sie zu beantworten.

Wir haben übergenug an der früheren leichtfertigen Hurrapolitik, die uns in den Abgrund getrieben, als daß wir Lust hätten, mit geschlossenen Augen in einem überhasteten Zuge den Reich des Leidens bis zur Neige zu leeren. So wenig auch die jetzigen Vorschläge der Entente dem Ziel eines gerechten Friedens nahekommen, so gering die Zugeständnisse sind, so bieten sie doch vielleicht eine Grundlage, vorläufig den guten Willen zu ihrer Erfüllung wenigstens zu versuchen. Sollten sich bei diesen Bemühungen unüberwindbare Schwierigkeiten ergeben, so ist es noch immer an der Zeit, wirkliche und erträgliche Erleichterungen zu verlangen. Die sofortige und glatte Ablehnung aber würde zu der Annahme führen, daß es Deutschland mit dem Abschluß des Friedens nicht so ernst wäre, wie es ihm tatsächlich ist. Es darf wohl angenommen werden, daß die Idee der restlosen Ablehnung bereits abgewirtschaftet hat. Die Regierung kann unmöglich weitergehen, will sie ihre Verantwortlichkeit nicht überschreiten, die letzte Entscheidung einer Volksabstimmung zu überlassen. Bis dahin muß aber alles vermieden werden, um eine Wiederaufnahme des Krieges zu verhindern.

Denn die Folgen der sofortigen und glatten Ablehnung und des danach beginnenden Einmarsches der Gegner sind noch gar nicht zu überblicken. Es wird angedroht, daß, falls Deutschland nicht unterzeichnet, der Vormarsch der alliierten Truppen nach Ablauf der siebenwöchigen Frist beginne. Damit würden uns Gebiete unseres wirtschaftlichen Lebens abgeschnitten, die für uns die Luft zum Atmen bedeuten.

Die Unabhängigen für Unterzeichnung.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nimmt in einer längeren Erklärung zu dem Friedensultimatum der Entente Stellung. Es wird in dieser Erklärung auf die Folgen hingewiesen, die nach Ansicht der Unabhängigen eintreten, wenn wir nicht unterzeichnen. Es heißt in dieser Rundschau:

„Das arbeitende Volk darf sich über diese furchtbare Situation nicht täuschen lassen durch das nationalistische Geschrei der kapitalistisch-militaristischen Kreise und der unter ihrem Diktat stehenden ohnmächtigen Reichsregierung. Es darf sich nicht aufputschen lassen zu abenteuerlichen Aktionen gegen die Entente. Wir protestieren insbesondere mit aller Schärfe gegen den freihandlichen Absatz eines neuen Krieges gegen die Polen. Jeder militärische Widerstand wäre Wahnsinn und würde nur die nutzlosen Opfer vermehren.“

Wir Unabhängigen Sozialdemokraten lehnen jede Verantwortung ab für die Folgen, die nach innen und außen durch die Ablehnung des Friedensultimatum entstehen.

Wir warnen die Regierung, die Politik der Provokationen, der Lockpfeile, der militärischen Diktaturversuche länger fortzusetzen. Diese Politik ist um so verheerlicher, weil sie gleichzeitig die Arbeiterklasse durch die Ablehnung des Friedensvertrages in eine verzweifelte Situation hineintreibt.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter der militaristischen Reaktion nicht die gewünschte Gelegenheit geben werden, die Zeit der nationalistischen Erregung zur Verwirklichung ihrer Diktaturgüste auszunützen. Das neue Gewaltregiment wird nicht von langer Dauer sein und ebenso schmachvoll zusammenbrechen, wie das alte Regime zusammengebrochen ist.“

Am Schlusse der Erklärung heißt es, daß die Unabhängigen auf den siegreichen Vormarsch der Arbeiterklasse hoffen, und daß das letzte Friedenswort nur der internationale Sozialismus sprechen wird.

Die französischen Sozialisten gegen den Gewaltfrieden.

Die Äußerungen der sozialistischen Abendblätter sind in einem recht schüchternen Ton gehalten. So meint Sembat in „Leure“, durch die Aenderungen in der ursprüngliche Entwurf des Vertrages ernsthaft verbessert und man müsse hoffen, daß Deutschland unterzeichnen werde. „Populaire“ schreibt, daß alle Anschuldigungen, welche man gegen den ursprünglichen Entwurf erheben konnte, auch gegen den abgeänderten Entwurf aufrechterhalten werden müßten. Statt eines Veröhnungsfriedens habe man einen Frieden der Strafe und Rache ausgearbeitet, welcher neuen blutigen Kämpfen die Tür öffne. Die Milderungen, welche man vorgenommen habe, seien zu gering, um der Charakter des Vertrages zu ändern. Uebrigens hätte man den Geist des Vertrages von Anfang bis zu Ende ändern müssen. Weder die Ansicht noch die Pflicht der sozialistischen Partei hätten sich geändert.

Der sozialistische Abgeordnete Cahin setzt in der „Humanite“ voraus, daß die Deutschen unterzeichnen werden und daß auch sofort nach der Unterzeichnung des Friedens in Frankreich ein Regierungswechsel eintritt, weil die Regierung Clemenceaus unerträglich geworden ist. Die künftige Regierung werde wie in der inneren, so auch in der äußeren Politik sanftere Bahnen wandeln.

Auch die englischen Sozialisten protestieren.

Das sozialistische Blatt „Daily Herald“ schreibt, die Konferenz der Alliierten habe eine schwere, erniedrigende Aufgabe gehabt. Sie begann mit der Schändung der Prinzipien, auf Grund deren sie überein gekommen war, Frieden zu schließen, und fährt jetzt mit dieser Schändung fort. Sie vergewaltigt nicht nur die vor ihr übernommenen Verpflichtungen und Versprechungen, sondern sie verleiht jeden Anstand und alle Gebote des gefunden Menschenverstandes, da sie einen Vertrag zustande brachte, der selbst nach der Ansicht der Reaktionen undurchführbar war. Dieser Vertrag widersprach sich selbst. Er schrieb Bestimmungen vor, die die Durchführung anderer Bestimmungen unmöglich machten. Das Blatt weist dann darauf hin, daß ein solcher Frieden nicht einmal den Wünschen der Reaktionen entspreche, denn diese fürchteten den Bolschewismus und müßten wohl, daß ihre Völker des Krieges vollkommen überdrüssig seien. Die Demokraten der Welt müßten einen Stroh durch den Vertrag machen und ihn durch einen ganz neuen Vertrag ersetzen.

• Zum Vormarsch bereit.

Aus Baden und der Pfalz werden umfassende Vorbereitungen für den feindlichen Vormarsch gemeldet, falls Deutschland nicht einlenkt.

Auch die englische Flotte ist bereit.

Auf der Kopenhagener Rede sind 12 britische leichte Kreuzer und eine größere Anzahl Torpedobootszerstörer angekommen. Es wird in dänischen Zeitungen mitgeteilt, daß diese Kriegsschiffe nur die Vorläufer einer bedeutend größeren alliierten Flotte seien, die abgeplant werden solle, um die deutschen Ostseehäfen zu blockieren, falls Deutschland sich weigere, zu unterzeichnen. Ein Teil der Kriegsschiffe ist bereits in südbaltischer Richtung abgefahren. Ein englisches Luftschiff ist über dem Großen Belt beobachtet worden. Reuter erzählt, daß das Riesenschiff „E. N. 34“ voll ausgerüstet mit Bomben und Maschinenwaffen, den Firth of Forth verlassen hat, um einen Flug über die deutsche Küste zu machen.

Geteilte Stimmung in Weimar.

Das Kabinett hat Mittwoch nachmittag keine Beratungen wieder aufgenommen. In der Nacht dürfte die Entscheidung fallen, doch ist es keineswegs sicher, daß sie sofort publiziert werden wird. Sobald das Kabinett feste Stellung genommen hat, wird es sich darum handeln, zwischen ihm und der Mehrheit der

Nationalversammlung die notwendige Uebereinstimmung zu sichern. Wäre eine solche nicht vorhanden, so müßte natürlich nach demokratisch-parlamentarischen Grundfäden die Meinung der Nationalversammlung durchdringen und es wäre nötig, das Kabinett umzubilden, daß es mit einer Mehrheit in der Nationalversammlung rechnen kann. Wie sich die Nationalversammlung stellen wird, ist noch nicht ersichtlich. Anhänger wie Gegner der Unterzeichnung behaupten, daß die Mehrheit ihre Ansicht teile. In keiner Partei ist die Stellung völlig geschlossen. Selbst bei den Deutschnationalen sollen die Süddeutschen für die Unterzeichnung sein. Die sozialdemokratische Fraktion tagte von 4 bis 7 Uhr abends; da die der Regierung angehörenden Parteigenossen in der Kabinettsitzung waren, beschränkte man sich auf eine unverbindliche Aussprache. Die eigentliche Debatte und Abstimmung wird erst heute, Donnerstag, erfolgen.

Auch von einer Regierungskrise wird gesprochen. Man nimmt an, daß die Minister Graf Brockdorff-Rantzau, Landsberg, David, Giesberts, Dernburg und Gothein ihren Namen für die Unterzeichnung nicht hergeben. Auch Ministerpräsident Scheidemann erscheint durch sein „Annehmbar“ bereits festgelegt.

Die Hauptnote der Alliierten.

Aus dem gestern angebotenen Memorandum ist noch nachzutragen: Die eigentliche Antwortnote der Entente stellt eine häufig zusammengefaßte Sammlung einzelner Ansätze dar, die dazu bestimmt sind, die deutschen Einwände zu widerlegen und mit einem reichen Aufwand von Moral und abstrakter Schläue das ursprüngliche Diktat der Entente zu verteidigen. Eine Zusammenstellung der von der Entente gegebenen kleinen Änderungen wird nicht gegeben, da es sehr vieler Mühe und Sachkenntnis im einzelnen bedarf, um die zum Teil nur mikroskopisch sichtbaren Erleichterungen herauszufinden. Im ganzen bestätigt sich vollständig die Ankündigung der Mantelnote, daß an den Grundfäden des Vertragsentwurfs nichts geändert worden ist.

Zur Frage der Wiederherstellung wird u. a. von der Kommission des Reparations gelagt, daß sie dazu bestimmt sei, ebenso gut das deutsche Volk wie die alliierten Völker zu schützen. Das deutsche 100-Milliarden-Angebot wolle die Zahlungen auf mehr als ein halbes Jahrhundert verteilen und läge keine Zinszahlung vor. Der Wert dieses Angebots sei daher nur gering.

Der erste Teil der Ententeantwort beschäftigt sich mit den Grundlagen der Friedensverhandlungen und verfährt noch einmal, daß die Bedingungen der Entente mit Wilsons 14 Punkten übereinstimmen. Es folgt dann ein Kapitel über den Völkerbund, in dem Garantien zum Schutze der deutschen Minderheiten und eine allgemeine Abrüstung angekündigt werden. Der zweite und dritte Teil der Antwort beschäftigt sich mit den Grenzen Deutschlands und den polnischen Bestimmungen für Europa. Die Bestimmungen über Expen und Mesmedy und über das Saargebiet werden unerschrocken aufrechterhalten und in dieser Form verteidigt. Ueber Elsaß-Lothringen wird gesagt, Deutschland habe 1871 Elsaß-Lothringen mit Gewalt an sich genommen und als militärisches Glaris behandelt. Die Entente könne daher Volkshilfe in m u n g nicht zugestehen, die auch von der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung gar nicht verlangt werde. Diese habe 50 Jahre lang gegen die Unterjochung protestiert, über ihren Willen gebe es keinen Zweifel. Sie habe sich in die Arme Frankreichs geworfen, wie in die Arme einer wiedergebundenen Mutter. Frankreich brauche den auf Elsaß-Lothringen entfallenden Teil der deutschen Schulden nicht zu übernehmen, weil es Deutschland 1871 ebenso gemacht habe.

Ueber die deutsche Antwort sagt die Antwort: „Die alliierten und assoziierten Mächte nehmen Kenntnis von der Erklärung, mit welcher Deutschland versichert, daß es niemals die Absicht gehabt hat und haben wird, mit Gewalt die deutschösterreichische Grenze zu verändern.“

Polen: Es wird zugesagt, daß auch deutsche Gebiete zu Polen geschlagen werden. Aber, heißt es weiter, da eine reibliche Scheidung unmöglich sei, müßte die eine oder andere Partei zu Opfern bereit sein. Es wird dann ausführlich bewiesen, daß Deutschland der zu Opfern bereite Teil sei. Die westliche Grenze Polens sei nochmals geprüft und einzelne Veränderungen vorgenommen worden, welche die Zahl der an Polen kommenden Deutschen vermindere. Welcher Art diese Veränderungen sind, wird hier nicht näher gesagt. Aus dem weiteren geht hervor, daß der sogenannte Korridor, die Grenze von Pommern und Westpreußen, genauer angefaßt werden soll. Ueber die Volkshilfe in O b e r s c h l e s i e n wird gesagt, die alliierten und assoziierten Mächte wären glücklich gewesen, wenn die Volkshilfe durch fremde Truppen notwendig machen.

Österreich wird als ein „durch das deutsche Schwert erobertes“ seinen Ureinwohnern entrissenes Land bezeichnet. Dann soll jede Amputation gerechtfertigt werden. Memel sei Litauisch und Litauens einziger Ausgang zur See.

Ueber Schleswig wird ausgeführt: Auf Wunsch Dänemarks soll das Gebiet bis zur Eider und zur Schlei geräumt werden und unter einer internationalen Kommission, der Norwegen, Schweden und die Alliierten angehören, eine Volksabstimmung vorgenommen. Die Grenze des Gebietes, auf dem die Abstimmung stattfinden soll, ist in Uebereinstimmung mit dem Wunsch Dänemarks festgelegt worden. Ueber Deutschlands Abrüstung wird ausführlich gesagt: „Deutschland hat bedingungslos einer Abrüstung zugestimmt, die jeder der alliierten und assoziierten Mächte vorangeht.“ Die Deutschland zugestandene Heeresstärke ist bereits mitgeteilt.

Völkerbund.

Es wird erklärt, daß nie die Absicht bestanden habe, Deutschland auf unbestimmte Zeit vom Völkerbund auszuschließen. Die Alliierten würden bereit sein, bei jedem Staat, dessen Regierung klare Beweise ihrer Festigkeit und ihres Willens gegeben hat, ihre internationalen Verpflichtungen, insbesondere des Friedensvertrages, zu erfüllen, eine Bitte um Aufnahme in den Bund zu unterstützen. Für Deutschland sei eine entschiedene Haltung erforderlich. Die Entscheidung werde sich nach dem Verhalten der deutschen Regierung zum Friedensvertrag richten. Wenn diese unerlässliche Bedingung erfüllt sei, läßen die Alliierten keinen Grund, warum Deutschland nicht in naher Zukunft Mitglied des Völkerbundes werden solle. Ein besonderes Zusammenkommen in wirtschaftlichen Dingen wird nicht für nötig gehalten (Welthandelsvertrag), da der Völkerbund alle diese Dinge regeln solle und Deutschland an seinen Vorteilen nach der Aufnahme teilzunehmen werde. Der Abbruch endgültiger Abmachungen über die Frage der Durchführung wird zurzeit erwogen.

Für die deutschen Minderheiten seien die Alliierten bereit, unter dem Schutz des Völkerbundes Garantien zu geben hinsichtlich Erziehung, Religion und Kultur.

Deutsche Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands.

Das Verlangen, daß Deutschland auf alle überseeischen Rechte verzichtet, wird begründet mit den amtlichen und privaten deutschen Zeugnissen vor dem Krieg, insbesondere mit den Reichstagsanträgen Erzbergers und Kossels. Durch die deutschen Verwaltungsmaßnahmen seien weite Strecken in Ostafrika und Kamerun entvölkert worden, ganz abgesehen von dem Schicksal der Hereros in Südwest. Deshalb könnten die Alliierten, nachdem Deutschland auf dem Gebiete der Kolonialzivilisation verfaßt habe, zu einem zweiten Verzicht nicht ihr Einverständnis geben. Außerdem müßten die Alliierten wegen ihrer eigenen Sicherheit für gegen einen militärischen Imperialismus führen, der darauf ausging, sich Stützpunkte zu schaffen, um gegen andere Mächte eine Politik der Erziehung und Erziehung zu treiben.

Der Verlust der Kolonien werde Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern, da der Handel der deutschen Kolonien ihm nur einen geringen Bruchteil des gesamten deutschen Handels gebracht habe. Das wird mit der Statistik des Jahres 1913 begründet. Der finanzielle, kommerzielle und industrielle Wiederaufbau Deutschlands müsse also von anderen Faktoren abhängen. Von der deutschen Auswanderung könnten die Kolonien aus klimatischen Gründen nur einen kleinen Bruchteil aufnehmen. Da Deutschland die Souveränität über seine Kolonien verliert, sei kein Grund ersichtlich, weshalb nicht auch alles Staatseigentum über die Kolonien auf den Staat übergehen soll. Kaufschau sei China ungeschickterweise weggenommen und habe stets den Frieden im fernem Osten bedroht. Deshalb sei Deutschland nicht für sein Eigentum zu entschädigen, da es nur eine aggressive Politik getrieben habe. Wenn die dortigen Eisenbahnen und Bergwerke nachweislich nicht öffentliches Eigentum seien, so müßten die eventuellen Rechte deutscher Angehöriger nach den allgemeinen Grundfäden der Entschädigung des Friedensvertrages zu behandeln sein.

Aus der Nationalversammlung.

Im Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung wurde die Einleitung des Entwurfes in folgender Fassung angenommen: „Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Recht in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem innern und dem äußern Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich durch seine Nationalversammlung diese Verfassung gegeben.“ Bei der Beratung des Abschnittes „Grundrechte und Grundpflichten des deutschen Volkes“ wird der in der ersten Lesung vom Ausschuß in die Vorlage eingefügte Satz: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ mit Stimmengleichheit von 14 Stimmen wieder gestrichen. Der Antrag Abblay wird in folgender Fassung angenommen: „Adelstitel gelten nur als Teile des Namens und dürfen nicht mehr vererbt werden.“ Der Antrag Koch wird in einer vom Abgeordneten Kagenstein (Soz.) beantragten Fassung angenommen: „Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen. Akademische Grade werden davon nicht betroffen.“ Auf Wunsch des Abgeordneten Kagenstein wird noch einmal über den vorher mit Stimmengleichheit gestrichenen Satz abgestimmt. Abg. Kagenstein (Soz.) beantragt die neue Fassung: „Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte.“ (Es soll also das Wort „grundsätzlich“ fortgelassen werden, sowie davon abgesehen werden, daß den Frauen auch die gleichen Pflichten wie den Männern auferlegt werden.) Dieser Antrag wird abgelehnt. Die nochmalige Abstimmung ergibt mit geringer Mehrheit die Aufrechterhaltung des unveränderten Beschlusses erster Lesung. — Nach Art. 40 dürfen die fremdsprachlichen Volksteile des Reiches nicht in ihrer freien volkswirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere nicht in ihrem Gebrauch ihrer Muttersprache beeinträchtigt werden. Abgeordneter Dr. Cohn (U.Soz.) will diese Bestimmung für die nationalen Minderheiten, damit auch Volkssprache wie die Russen, Polen u. a., auch die Zionisten, die man nicht als fremdsprachliche bezeichnen könne, diesen Schutz genießen, ausdehnen. Der Antrag wird abgelehnt und Art. 40 unverändert angenommen.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung heftete den Entwurf einer Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer als Schuldner. Er wurde unverändert genehmigt. Hierauf wurde die Beratung des Entwurfes einer Verordnung zum Schutze der Mieter fortgesetzt. Der Reichskommissar für Wohnungswesen teilte u. a. mit, daß vom Reiche zur Förderung des Wohnungsbaues 500 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden sind, daß es aber an Baustoffen fehle. Von 18000 Ziegeln lägen mehr als 17000 Mille. Der Entwurf wird genehmigt. Bei der Beratung des Entwurfes einer Reichsgeldordnung wurde mitgeteilt, daß die Brotversorgung im nächsten Jahre noch nicht abzusehen sei. Durch den Verlust der Ostgebiete im Frieden würden 22 Broz. des Brotgetreides verloren gehen. In der Aussprache erklärte Abg. Dr. Heim (Str.) die Aufhebung der Zwangswirtschaft bei der Brotgetreidemirtschaft für indiskutabel. Abg. Schmidhals wendete sich gegen die Zwangsbewirtschaftung des Hafers und forderte energische Bekämpfung des Schleichhandels. Die Sozialdemokraten wünschten dagegen, daß der Hafer auch ferner unter Zwangsbewirtschaftung bleibe und wendeten sich dagegen, die Kopiquote für die Selbstversorgung zu erhöhen, ohne den Konjumenten dasselbe zu bewilligen. Im Laufe der weiteren Debatte teilte ein Vertreter der Regierung mit, daß dem Wunsche auf eine weniger scharfe Ausmahlung des Brotgetreides sobald als möglich entsprochen werde, wenn der Ernteertrag zu übersehen ist. Die Vorlage wird mit einigen Abänderungen angenommen.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für Sozialpolitik

legte seine Beratungen über die Verordnung betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe fort. Die zur Verordnung eingebrachten Anträge wurden abgelehnt bis auf einen demokratischen Antrag, der sagt, daß die Ladenbesichtigung an den in Frage kommenden Sonntagen nur vor dem Hauptgottesdienste erlaubt sein soll.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die Steuerflucht.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, ging der Nationalversammlung der Entwurf eines Gesetzes zur Verschärfung der Maßnahmen gegen die Steuerflucht zu. Es sei vorzugehen, daß die Sicherheit, die der Steuerpflichtige im Falle der Aufgabe seines Wohnsitzes im Inlande zu leisten habe, von 20 Prozent des Vermögens auf 50 Prozent erhöht werde. Der Entwurf enthalte auch eine Bestimmung, den Reichsminister der Finanzen zu ermächtigen, mit den auswärtigen Regierungen ein Uebereinkommen wegen gegenseitiger Rechtshilfe bei der Feststellung des im Auslande befindlichen Vermögens der im Inlande wohnenden Personen abzuschließen. Es sei zu erwarten, daß die Verschärfung eine abschreckende Wirkung haben werde, zumal, wenn es gelingen sollte, denartige Uebereinkommen mit Holland, der Schweiz und den zurzeit für die Abwanderung des deutschen Kapitals in erster Linie in Betracht kommenden Ländern, abzuschließen. — Scharfe Maßnahmen sind aber auch höchst notwendig und müssen sofort durchgeführt werden.

Der Landbund auf gegenrevolutionärem Wege. In der Preussischen Landesversammlung nahm Genosse Herbert für den Landbund vor und wußte recht Erbauliches über ihn und seine landwärtlichen Selbsthelfer zu

berichten. Nach seiner Darstellung ist der Landbund eine gegenrevolutionäre Organisation. In vertraulichen Schreiben unterhalte man sich über die Beschaffung von „Spätern“. Wenn dann die hungernden Arbeitercharen aus Land strömten, dann würden sich diese „Spätern“ wohl inzwischen in Handgranaten verwandelt haben, mit denen die Einwohnerwehren das Eigentum schützten. Welcher Geist im Landbunde herrscht, beweist auch die Tatsache, daß er in der Vierten Eisenbahnwagenklasse in Plakaten den Landarbeitern den Beitritt zum freigewerkschaftlichen Landarbeiterverband zu vergraulen versucht. Noch immer wird die Zugehörigkeit zu diesem Verbände mit der Entlassung bestraft. Gegen allen diesen Unfug kann nur ein gründliches Aufräumen unter den Landräten steuern.

Die sächsische Regierung gegen einen Sonderfrieden.

Zu der deutschnationalen Interpellation über ein Sonderfriedensangebot der Entente erklärte die sächsische Regierung: „Die Anfrage ist glatt zu verneinen. Daß sie gestellt werden konnte, bekundet die Regierung. Minister Schwarz weist die Unterstellung, derartige Verhandlungen mit der Entente geführt zu haben, als beleidigenden Vorwurf des Hochverrats zurück. Die Regierung würde etwaige Sonderfriedensangebote entschieden ablehnen.“

Rußland.

Näherung der Murmanküste.

Wie die „Epoca“ mitteilt, werden die italienischen Truppen innerhalb vier Wochen von der Murmanküste zurückgezogen.

England.

Wiedernde Kanadier. Laut dem „Nieuwen Rotterdam Courant“ haben kanadische Soldaten, um gegen die Verzögerung ihrer Heimsendung nach Kanada zu protestieren, ihr Lager in Witley (Surrey) in Brand gesteckt. Fast das ganze Lager ist abgebrannt, 20000 Mann sind obdachlos.

Daily Chronicle meldet, daß etwa 4000 Soldaten eines Arbeiterkorps, das in Sutton in Surrey stationiert ist, eine Streikpolitik für eine bessere Löhnung angefangen haben. Sie nahmen weder von ihren Offizieren noch Unteroffizieren Befehle an. Sie weigern sich, nach Frankreich zu gehen, bevor ihnen eine tägliche Löhnung von 2 sh 6 d zugesagt ist.

Daily Herald meldet neue Fälle von Weigerung britischer Truppen, sich nach Uebersee verschiffen zu lassen. 200 Mann des Regiments Gordon Hochländer in Aberdeen, die nach Indien transportiert werden sollen, verließen ihre Baracken und traten mit den städtischen Behörden von Aberdeen in Fühlung, um ihnen darzulegen, daß sie sich nur für die Zeitdauer des Krieges verpflichtet hätten und daß daher ihre Verschiffung nach Indien 6 Monate, nachdem die Feindseligkeiten eingestellt worden seien, die Nichterhaltung der Bedingungen durch die Regierung bedeuten, unter denen sie sich verpflichtet hätte. Ähnliche Zwischenfälle haben sich auch im Brocton-Lager, in der Nähe von Stafford, ereignet.

Die Sozialisierung in Ungarn.

Im Sowjetkongreß warf der Volksbeauftragte der Finanzen, Eugen Barga, einen Rückblick auf die bisher auf wirtschaftlichem Gebiete geleistete Arbeit. Gegenwärtig stehen 800 Finanzinstitute samt ihren Filialen unter staatlicher Verwaltung. In diesen befinden sich etwa 8 Milliarden Nominalanleihen, vielleicht noch mehr Wertpapiere, die von dem Staat beschlagnahmt wurden. Dies scheint eine ungeheure Summe, in Wirklichkeit aber hat dies nur negative Bedeutung. Sie besteht darin, daß die Kapitalisten verhindert wurden, über das Geld nach Belieben zu verfügen. Die Sozialisierung des Grundbesitzes ist formell zwar durchgeführt, in Wirklichkeit aber nicht, da sich die alten Besitze an vielen Orten noch an den bisherigen Plätzen befinden. Die Ursache liegt darin, daß die Feldarbeiter noch nicht das notwendige Arbeiterbewußtsein besäßen. Ueber 700 Millionen Katastralzoll sind sozialisiert, über 100000 Arbeiter arbeiten bereits. Die Wahllegung des Handels sei nothenbig, da Ungarn unter Blockade stehe und kein Rohmaterial vom Auslande hereinbekomme. Wenn erreicht werden soll, daß das noch vorhandene Material nicht der Bourgeoisie, sondern den Proletariats zugute komme, mußte der Handel stillgelegt werden. Dies führte zur Bureaucratie; aber es konnte nicht anders gehandelt werden. Die Mängel auf dem Gebiete der Sozialisierung sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Betriebskommissare und die kontrollierenden Arbeiter ihre Aufgabe nicht verstanden. Der laute Gegensatz zwischen geistigen und physischen Arbeitern müßte unbedingt beseitigt werden. Organisch gebildete Arbeiterkräfte ist jede Organisation unmöglich. In der neugeschaffenen Bureaucratie gehe es zweifellos sehr viele Leute, die nicht dorthin gehören. Die erprobten Führer der Gewerkschaften müssen zur Mitarbeit herangezogen werden. Die bisherigen Ergebnisse der Produktion müssen leider als sehr schlecht bezeichnet werden; so ging die individuelle Produktion im Kohlenbergbau um 10 bis 38 Prozent gegenüber Anfang 1919 zurück, um 50 Prozent im Verhältnis zur individuellen Produktion im Frieden. Auch in der Maschinenindustrie ist der Rückgang sehr bedeutend. Die Ursachen seien das Aufhören der kapitalistischen Arbeitsdisziplin, die Aufhebung der Akkordlöhne und der Umstand, daß sich der Arbeiter noch nicht zu dem kommunistischen Selbstbewußtsein durchgang und daß jeder soviel arbeiten muß, wie er kann, obwohl er nicht mehr bekommt als ein anderer. Diesen Umstände müßte entweder durch die Einführung von Rationen oder durch die Rückkehr zum Akkordsystem abgeholfen werden.

Um das Bad Travemünde.

Von der am gestrigen Nachmittag tagenden Versammlung der Einwohner und Angestellten in Travemünde muß leider gesagt werden, daß die ersteren in nur ganz geringem Maße vertreten waren. Schuld daran trug wohl die allzu plötzliche und späte Einberufung. Der Einberufer, Herr Kröger, wußte zunächst die Versammlung darüber auf, warum die Angestellten eine Protestversammlung auf dem Leuchterfeld abgehalten hätten. Aus Furcht, durch Uebergriffe und Ungeschicklichkeiten einzelner ihren Erwerb zu verlieren, haben die Angestellten sich zu dieser Kundgebung zusammengefunden. Die Schuld an den ganzen Vorworfungen trage das Landesverwaltungsamt, welches in unverantwortlicher Weise die Bevölkerung durch die Verteilung verdorbener Waren zu dieser Demonstration veranlaßt habe. Auch die Presse sei nicht ganz objektiv gewesen in ihrer Berichterstattung. Mit großer Wärme betonte der Redner die Besonnenheit der organisierten Arbeiter Lübeds; auch in den Kreisen der Wirte und Gäste würde nur Lobend von der Tätigkeit der Kommission in Travemünde gesprochen. Herr Kröger ersucht die Versammlung, eine neue Kommission zu wählen, die dann Hand in Hand mit dem Lübeder Ernährungsamt arbeiten solle. Gen. Müller-Travemünde brachte viele Beschwerden vor wegen Nichtbeachtung der Travemünder Vorschläge, und macht in erster Linie die Lübeder Genossen dafür verantwortlich, die nach seiner Meinung nicht voll ihre Schuldigkeit tun. Gen. Knapp beschwerte sich am Anfang seiner Ausführungen über die schlechte Berichterstattung der Presse mit Ausnahme des General-Anzeigers.

Die Schuld an den ganzen Vorkommnissen liege beim Landesverwaltungsamt und in erster Linie beim Senator Straß. Redner betont, daß Parteien bei der ganzen Angelegenheit nicht in Frage kämen, alle Mitglieder des Volkes vertreten. Redner erläutert hierauf die Aufgaben der Fahndungskommission. Er berichtet dann über das Ergebnis der heutigen Verhandlungen mit dem Senat, in welchen der Arbeiter weitgehende Forderungen bewilligt worden seien. Der Senat hat eingewilligt, eine Kommission zu bilden, die weitgehende Befugnisse erhalten soll. Der Ernährungsausschuß des Arbeiterrates wird der Kopf des ganzen Apparates bilden. Travemünde, Schlutup, Radebeul usw. werden der Organisation angegliedert werden. Die Fahndungskommissionen bleiben bestehen. In ihnen sollen aber nur christliche Arbeiter wirken. Jedes Fahndungsmitglied darf jederzeit in ein Haus gehen und dort Nachforschungen nach Lebensmitteln anstellen. Es sprach ferner die Genossen Hagelstein und Hermann-Lübke, die beide betonten, daß Travemünde als Badeort nicht bleiben sollte. Von den Angelegten sprachen dann noch die Herren Krüger und Schrader, die nochmals auf die Gefahr für die Angelegten hinwies, wenn das Bad geschlossen würde. Gen. Dreger-Lübke unterstrich letzteres ganz besonders. Nicht aus Liebe zu den Badegästen, nicht aus Wohlwollen für die Hotelwirte und Pensionate, sondern aus Interesse für die Travemünder Bevölkerung und die Angelegten warne er vor jedem unüberlegten Schritt. Bei allen Maßnahmen müsse in Betracht gezogen werden, daß das Bad die Existenzbedingung der Travemünder Bevölkerung sei. Am Schluß der Versammlung wurde beschlossen, in die erweiterte Kommission, welche die Ueberwachung der Lebensmittelverteilung usw. vorzunehmen soll, Vertreter der Arbeiter, Angelegten und Wirte zu entsenden. Es müsse gemeinsame Arbeit mit der Kommission des Lübecker Arbeiterrates geleistet werden. Die Wahl der Kommission, in welche nur völlig erwandfreie Personen delegiert werden sollen, wird demnächst erfolgen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 19. Juni.

Sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion. Freitag abend 7 Uhr Sitzung im Rathaus.

Zuschriften, den Arbeiterrat betreffend, sind vorläufig an Herrn Köster, Gerichtshaus, zu richten.

Der Vollzugsausschuß des Arbeiterrates.

Die bedauerlichen Vorkommnisse des letzten Sonnabends bilden noch immer den Hauptgegenstand der Erörterungen in unserer Bevölkerung. Es gibt wohl niemand, der sie rechtfertigt, und nur wenige suchen sie zu entschuldigen. Einzig ist man sich jedoch in der Beurteilung des Landesverwaltungsamtes, welches für die Ausgabe des teilweise verdorbenen Pferdefleisches zu dem horrenden Preise verantwortlich ist. Was nun die Demonstration selbst anlangt, so haben wir bereits in einem Artikel zum Ausdruck gebracht, daß wir Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen ohne vorherige Beratungen in den dazu berufenen gewerkschaftlichen Organisationen nicht für zweckmäßig halten, weil sie leicht ungewollte und unangenehme Folgen zeitigen können. In parteilichem Flugblättern, die früher auch in Lübeck verbreitet wurden, wird allerdings die Taktik, unvorhergesehene Streiks und MassenDemonstrationen zu inszenieren, sehr empfohlen, gerade weil dadurch eine Beurteilung hervorgerufen wird. Bisher hat aber erfreulicherweise die Lübecker Arbeiterschaft diese Methoden abgelehnt. Nach der traurigen Erfahrung der ersten hiesigen Arbeitslosendemonstration beschloß bekanntlich der frühere, noch im Anfangsstadium der Revolution gewählte Arbeiter- und Soldatenrat einstimmig, daß derartige Demonstrationen erst veranstaltet werden dürften, wenn eine von ihm eingesetzte besondere Sozialpolitische Abteilung, der die Genossen Knapp, Hoff und Cuiers angehörten, ihre Zustimmung dazu erteilt. Wenn man diesen Beschluß kannte und für richtig hielt, dann heißt 'Irr' der vom Arbeiterausschuß eines hiesigen Werkes erhobene Vorwurf doch sehr merkwürdig, ein namhaft gemachtes sozialdemokratisches Bürgerchaftsmitglied scheine die Revolution verschlafen zu haben, weil es die Uebergehung der Arbeiterorganisationen in solchen wichtigen Fragen bedauert. Wollig irrig ist die Behauptung, daß die Führer der Partei und Gewerkschaften um Erlaubnis zur Demonstration gebeten sein wollten. Für sie kommt es nur darauf an, daß die Arbeiter sich vorher in den dazu von ihnen selbst geschaffenen Organisationen alle möglichen Konsequenzen ihrer Veranstaltungen genau überlegen und für eventuelle Fälle entsprechende Maßnahmen vorbereiten. Steht das etwa im Widerspruch mit den Geheßen der Revolution? Von Seiten der führenden Genossen ist in Versammlungen und in Parlamenten bisher alles getan worden, was in ihren Kräften stand, um Wucher und Schleichhandel zu bekämpfen. Daß der Erfolg nicht groß war, ist nicht ihre Schuld. Auch die Unabhängigen haben in Leipzig, Halle und anderswo, wo sie stark sind, nicht das geringste mehr erreicht. Das liegt aber nicht an den Führern, vielmehr an den Verhältnissen. Es ist jetzt nicht an der Zeit, gegen einander Parwüfte zu erheben, sondern es gilt, miteinander Wege zu suchen, die uns aus den gegenwärtigen unhaltbaren Zuständen herausführen.

Protest des Arbeiterausschusses Dobbau Glender. Die organisierte Arbeiterschaft der Dobbauwerft Glender erhebt energischen Protest gegen die Äußerungen des Genossen Remus Beck in der Bürgerchaftssitzung vom Sonnabend. Gen. Beck scheint die Revolutionszeit verschlafen zu haben. Wenn die Führer der Sozial. Mehrheitspartei und der Gewerkschaften heute den Vorwurf erheben, daß man sie nicht vorher um die Erlaubnis zur Demonstration gebeten habe, so erhebt die Arbeiterschaft des Glenderbetriebes gegen die Führer den Vorwurf, daß sie nicht schon längst energische Aktionen gegen den Wucher- und Schleichhandel eingeleitet haben. Da sie dieses nicht taten, haben sie auch heute kein Recht, den Arbeitern das Recht der Selbsthilfe abzuspargen. Die Ausführungen des Gen. Beck erwecken den Anschein, daß nicht die gesamte Arbeiterschaft mit der Demonstration einverstanden gewesen sei. Die Arbeiterschaft des Glenderbetriebes erklärt, daß sie durch ein in diesem Beschlusse an der Demonstration teilgenommen hat. Der Arbeiterausschuß der Brückenbau Glender A.-G., Lübeck-Stiems, Chr. Jabs, Ferd. Müller, Otto Düring, Ernst Warnke.

Die Ausgabe des verdorbenen Pferdefleisches hält die Bevölkerung immer noch in Erregung. Es wird darüber noch viel geredet und in der Presse in Eingelands und Artikeln viel geschrieben. Der 'Gen.-Anz.' berichtet heute, daß für 2250 000 Mark Pferdefleisch zum Ernährungsausschuß angekauft sei und der Lieferant die Firma C a d o w war. Da morgen eine Sitzung des Ernährungsausschusses stattfindet, wozu die Presse eingeladen ist, so wird hoffentlich endlich Klarheit in dieser Angelegenheit geschaffen.

Zur Aufklärung. Zwei Eingelands im 'Lübecker General-Anzeiger', Nr. 134 vom 12. Juni, beschäftigen sich mit der Lebensmittelverteilung. Es halten sich die Eingeländer auf über die 200 Gramm Butter, die in der Provinz Lübeck zu Pfingsten verteilt würden. Daß die Sache denn doch etwas anders liegt, soll in nachstehendem bewiesen werden. Während in Lübeck die rationierten Waren wöchentlich verteilt werden, geschieht dies in der Provinz nur monatlich. Nach den Bekanntmachungen in den Zeitungen erhält Lübeck an Mühlenfabrikaten aber mehr wie wir in der Provinz. Dazu kam in Lübeck im Frühjahr die Verteilung von ausländischem Speck, vor kurzem Salzhering, wöchentlich pro Kopf 1 Pfund Weizenmehl und des öfteren Gemüsesorten, während wir von alledem nichts erhalten. In der Kartoffelerzeugung ist Lübeck auch weit besser gestellt wie die Provinz. Es ist hier festgestellt, daß viele Familien 4-6 Wochen gänzlich ohne Kartoffeln waren und sich nur von Brennholz und sonstigen Kräutern vom Pöbel ernähren mußten. Nun, da wir uns in der Provinz auch mal eine Extravergeltung erlauben, werden wir gleich als die in

Zeit schmelzenden Landleute hingestellt. Können uns die Eingeländer auch diese kleine Zuteilung nicht einmal? Was nun die beiden Eier betrifft, so ist der Einsender durchaus verkehrt informiert. Hier bei uns sind die Eier nicht im freien Handel, sondern müssen abgeliefert werden, kosten aber auch dann nicht wie in Lübeck 1,20 Mk., sondern 34 Pf. Nun werden hier in Schwartau jedes Mittwoch noch Eier verteilt, auch zu Pfingsten. Es geht aber buchstabenweise und wenn der Einsender einmal seine Nase in den 'Lübecker Volksboten' stecken würde, so würde er an der Hand der von uns 'osgelassenen Annoncen sehen, daß in 4-5 Wochen jeder von der Bevölkerung in die glückliche Lage kommt, zwei Eier zu erhalten; so haben zu Pfingsten auch nur vier Buchstaben Eier erhalten und nicht etwa die ganze Bevölkerung der Provinz. So liegen die Dinge in Wirklichkeit, und ich muß nochmals betonen, daß die Lübecker Bevölkerung mehr Nahrungsmittel zugeteilt erhält als wir in der Provinz.

Beiratschwindler. Ermittelt und festgenommen wurde der Fuchshändler Kolesch Rinke aus Cernowice wegen Beiratschwindels. Der Festgenommene hatte sich, obwohl er in Münden verheiratet ist, mit 2 jungen Mädchen in Berlin und mit einem solchen in Altona verlobt und hatte es auch verstanden, ein hier wohnendes junges Mädchen an sich zu fesseln. Der Zweck des Schwindels dürfte der gewesen sein, die von ihm erfohrten Opfer um ihr Vermögen zu pressen. Wieweit ihm dies bereits gelungen ist, dürfte die nähere Untersuchung ans Licht bringen.

Stadttheater. Freitag, den 20. Juni, kommt Nikolay Gogol's 'Die Heirat', eine ganz unglückliche Begebenheit in drei Akten zur erstmaligen Aufführung in Lübeck. Das Werk ist voll herablassenden Humors und feinsinniger Schlagkraft, vorzüglich in der Milieuschilderung russischer Sitten und Gebräuche der Brautschau in einem Petersburger Kaufmannshaus, ein Meisterstück russischer Dramatik der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Schlutup. Nachdem alle Wünsche und Proteste der Schlutuper Arbeiterschaft bei der Behörde unberücksichtigt geblieben, griffen sie zur Selbsthilfe. In einer Versammlung, die im Lokale 'Zur Linde' tagte, wurde eine Fahndungskommission gebildet, deren Aufgabe es sein soll in die Häuser der Besessenen zu gehen und die zu Unrecht erworbenen Lebensmittel zu beschlagnahmen. Diese Arbeit ging in Ruhe und Ordnung vor sich. Die am Sonnabend beschlagnahmten Lebensmittel, wie Zucker, Speck, Mehl, Fett usw. beschlagnahmte am Sonntag zur Verteilung an die arbeitende Bevölkerung. Die Kommission beschlagnahmte am Montag weitere Lebensmittel. Am Dienstag abend tagte im Lokale 'Zur Post' eine öffentliche stark besuchte Volksversammlung, in der eingehend auf die Vorkommnisse der letzten Tage hingewiesen wurde. Die von der Versammlung beauftragten Kommissionen förderten viel Material zu Tage, das einer weiteren Bearbeitung bedarf. Große Entrüstung rief es hervor, daß unter den beschlagnahmten Lebensmitteln sich sogar verdorbene befunden hätten. Die Forderungen der Kommissionen billigte man im vollen Umfange. Zur Verhütung von unerlaubten Fahndungen war eine Abteilung der Sicherheitwehr in Schlutup erschienen. Nachdem sie sich überzeugt hatte, daß von unerufenen Personen Hausdurchsuchungen nicht vorgenommen waren, fuhren sie bis auf 2 Mann nach Lübeck zurück. In der Versammlung wurden folgende Anträge betreffs der Ernährungsfrage gestellt. 1. Errichtung einer zweiten Verkaufsstelle für Milch. 2. Eine gerechte Verteilung der Fische an die Bevölkerung und Anstellung eines Kontrolleurs aus dem Kreise der Arbeiter. 3. Verkauf von Brennholz zu angemessenen Preisen. 4. Besseres und billigeres Armenholz.

Cutin. Landarbeiterstreik. In der Umgegend Cutins ist es zum Landarbeiterstreik gekommen und zwar breitet sich derselbe von Ostfriesland zu Ostfriesland weiter aus. In welcher Weise eine Einigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustande kommen wird, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Daraus sind Schmierarbeiten entstanden in der Ernährungsfrage, wie z. B. Mißwirtschaft, Feuernte und in sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten.

Hamburg. Der Kommunist als Wirtschaftskritik. Im 'Hamb. Correspondent', dem ehemaligen Senatsorgan, finden wir eine interessante Auseinandersetzung des 'Anarchokommunisten' Bernh. d. Busch mit dem 'Bourgeois' Ruri Woermann. Herr Woermann hat in dem genannten Blatt eine Abhandlung veröffentlicht über Fragen des Wirtschaftslebens nach dem Kriege, die natürlich von der privatkapitalistischen Auffassung des Großkaufmanns ausging. Herr Busch, der selbst sich als Mitglied des Spartakusbundes bezeichnet, stellt sich nun, 'vollinhaltlich' auf den Boden der Woermann'schen Ausführungen. Er erklärt diese merkwürdige Ueberbestimmung damit, daß hier eben wieder einmal die 'Extreme sich berühren'. Nun, 'berührt' sich allerdings der Spartakist Herr Busch mit Herrn Woermann nicht nur, sondern er fällt sich ihm direkt an, vor allem in der Ablehnung der marxistischen Lehre vom Klassenkampf und den marxistischen Auffassungen vom Wirtschaftssystem. Herr Busch unterläßt es nicht sich gegenüber seinen Parteifreunden zu rechtfertigen. Er schreibt: 'Es ist nun kein Verrat an der Sache des Proletariats, wenn ich solche Ausführungen in diesem Blatte mache? Nein! Es gibt hier nichts zu veratzen, im Gegenteil, sehr viel zu erklären! Ich persönlich und mit mir alle unparteilich Denkenden lehnen es nun aber ab, die Bourgeoisie als die Ausgeburt der Hölle anzusehen und die 'Bourgeoisie' samt und sonders als 'schlechte Kerle', die nur darauf bedacht sind, die armen Proleten auszubeuten. Ich will damit nicht sagen, daß es keinen Klassenkampf und keine Ausbeutung gibt, aber ich verneine es, daß beides bemußt von der Bourgeoisie gewollt und verschuldet ist. Soll es anders werden in Deutschland, in der Welt, dann ist eine innere Umstellung notwendig. Gehen wir - auf beiden Seiten - unseren Weg wie bisher weiter, dann kann nie von einem Wiederaufbau der Wirtschaft, des zerrissenen Volkskörpers die Rede sein, dann gehen wir der sicheren Vernichtung, dem sicheren Untergang, dem Chaos entgegen, und nichts - weder eine neue Regierung, noch etwa die Monarchie oder die Diktatur des Proletariats - kann uns retten. Volksgenossen, Einwohner Hamburgs, wundert euch nicht, wenn ein Spartakist, der ein Herz voll warmer Liebe hat, so zu euch spricht durch ein sogenanntes 'gegenrevolutionäres' Blatt. Wir alle müßen, um wiederaufzubauen, in uns gehen, umkehren, nicht mehr die Schuld bei anderen, sondern in uns und im eigenen Hause suchen. - Wir wollen hoffen, daß die 'Kommunistische Arbeiterzeitung' beim Lesen dieser Zeilen nicht vor Schreden den Vorstand verliert und in einem Lobhudeleis anfall den armen Bernhard Busch moralisch tötschlägt. Das hat er mit seinem Herzen voll warmer Liebe wirklich nicht verdient. Wir wünschen ihm vielmehr recht guten Erfolg bei seinem Versuch, die Grundzüge christlicher und allgemein-menschlicher Ethik auch im Spartakusbund großzuziehen. Aber Aufklärung tut ihm selber noch sehr darüber not, was eigentlich Marx gelehrt hat.

Hamburg. Streik auf den Fischdampfern. Die Matrosen und Geizer auf den Fischdampfern sind am Dienstag in den Streik getreten auf Grund von Lohnforderungen, die nicht die Billigung des Transportarbeiter-Verbandes gefunden haben. In nächster Zeit sind demnach keine oder nur geringe Fischzufuhren zu erwarten. - Ende des Streiks in den Handelskärntnerien. Der Streik wurde nach zweitägiger Dauer durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern beendet. Folgendeöhne wurden vereinbart: Gärtner von 1,40 Mk. die Stunde bis 2 Mk., ungelernete Arbeiter 1,40 bis 1,60 Mk., Frauen 60 Pf. bis 1 Mk. Die achtstündige Arbeitszeit wurde anerkannt. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Hamburg. Kindesmord. In der Nähe der Kriegsküche in der Hansstraße fand man auf einem Schutthaufen einen Karton, der die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts enthielt. Die Leiche war in Packpapier und Zeitungspapier eingewickelt. Wahrscheinlich liegt Erdrosselung vor. Die Leiche kam ins Hafentrankenhaus.

Bergedorf. Zwei Personen beim Baden ertrunken. Am Montag die 28 Jahre alte Tochter des Arbeiters Werth in Oberbillwärder beim Baden im Kanal des Bahndammes mit einem Säbel versank, ihrang ihre 17 Jahre alte Schwester ihr zur Hilfe, wobei sie ebenfalls unterging. Beide konnten nur als Leiche geborgen werden.

Wismar. Der Rat hat sein Amt offiziell niedergelegt. Es wurde beschlossen, einen provisorischen Rat zu wählen. Folgende Bürgerchaftsmitglieder wurden zur Aufrechterhaltung der Ratsgeschäfte bestimmt: Ballerstedt, Jung, Godtnecht, Haase, Oldach II, Kaufmann, Thormann, Busch, Grisele und Laubach. Dieses ist das Resultat tiefgehender Meinungsverschiedenheiten, die seit längerer Zeit zwischen dem Wismarer Bürgerausschuß und Rat bestanden. Nach einem Beschluß der Bürgervertretung sollte der Rat am 15. Juni aufgelöst und die neue Stadterfassung in Kraft gesetzt werden. Dagegen sträubten sich die Ratsherren und die Folge waren Demonstrationen am gestrigen Tage und der Rücktritt des Rates. Der neue Rat besteht in seiner überwiegenden Mehrheit aus Sozialdemokraten. - Die Gewerbeschüler streikten Montag abend. Sie forderten Verlegung der Schulstunden in die Arbeitszeit.

Schwerin. Der Kampf gegen den Schleichhandel. In einer Sitzung des Ausschusses der Staaten beim Ernährungsamt haben sich sämtliche Regierungsvertreter dafür ausgesprochen, daß gegen den überhand nehmenden Schleichhandel mit Vieh nur mit schärferen Mitteln vorgegangen werden muß. Einstimmig haben die Regierungsvertreter zugestimmt, daß in allen Fällen, in denen ein Stück Vieh im Schleichhandel verkauft wird, 2 Stück Vieh, gleichgültig ob Schlachtvieh oder nicht und ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Bedarf, sofort enteignet und gleich abgenommen werden. Die geplanten Maßnahmen gegen den Schleichhandel sind unbedingt notwendig. Klüdfüßiges Zugreifen ist überflüssig Gebot der zuständigen Stellen.

Neueste Nachrichten.

Der Hohn der Kriegsheher. Hamburg, 19. Juni. Die Kriegsheher sind jetzt auf ihrem tiefsten Stand angelangt. Die Not und Gebuld des Volkes wird im 'Hamburger Korrespondent' mit folgender Niedertracht gelohnt: Wir hatten uns die Wirkung dieser Friedensbedingungen auf die Volksvertretung ganz anders gedacht - oder auch auf das Volk. Wenn es richtig ist, daß die Nerven eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung zu verbrochen sind, um eine letzte Kraftprobe auszuhalten und vor allem in den bedrohten Gebieten die Furcht und der Materialismus bei weitem den nationalen Stolz überwindet haben, dann sind die Deutschen eben nicht nur militärisch völlig besiegt, sondern auch moralisch auf einem Tiefstand angekommen, daß sie kein besseres Schicksal verdienen, als die harte Faust der grausamen Feinde es ihnen auferlegt; dann werden wir erst eine moralische Wiedergeburt erleben müssen, ehe die nationalekommen kann.

Die Haltung der Parteien zur Unterzeichnung. Weimar, 19. Juni. Bei den drei Mehrheitsparteien scheint sich eine gewisse Schwächung in der Frage der Unterzeichnung bemerkbar zu machen. Während sich zuerst die meisten Abgeordneten gegen eine Unterzeichnung ausgesprochen, ist in den Kreisen der Mehrheitssozialisten, der Demokraten und des Zentrums eine merkwürdige Abwägung ihrer Absetzungsabsichten eingetreten. Die Entscheidung in der Sonntagsabstimmung der Nationalversammlung dürfte die Haltung der Mehrheitssozialisten bringen. Sollten sie für Unterzeichnung sein, so würden sie zusammen mit den Unabhängigen, die je an sich für eine Unterzeichnung sind, und mit einzelnen Ueberläufern der Demokraten und des Zentrums die Mehrheit haben. Zu der Frage der Ablehnung oder Annahme haben bisher nur die Oppositionsparteien Fragestellung genommen. Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei sind für ein glattes Unannehmbar.

Der Weimarer Putsch. Weimar, 19. Juni. Hier sind zahlreiche parteiliche Flugblätter in der Stadt aufgefunden worden, die entzweit waren. Der Hauptredakteur ist ein Bismarckianer Schwarz, der wegen Unterzeichnung von 75 000 Mark in Untersuchungshaft lag. Wie festgestellt wurde, handelt es sich im ganzen um 55 Infanteriere. Der Bismarckianer konnte noch nicht ergriffen werden. In Weimar herrscht vollkommene Ruhe.

Die Republikbestrebungen im Osten. Weimar, 19. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, kündigte Geheimrat Kleinow in Bromberg in einer Sitzung des dortigen Volksrates an, daß zwei selbständige Östrepubliken in Bildung begriffen wären. Er soll sich dabei als Beauftragter des Fürstenthumsauschusses der Abgeordneten des Ostens ausgegeben und behauptet haben, daß er nebst drei Beamten des Direktoriums bei einer dieser Republiken sitzen werde. Ueber die im Osten zu ergreifenden Maßnahmen werden die Reichsregierung und die preussische Regierung im Einvernehmen mit den Abgeordneten des Ostens gemäß den wiederholt bekanntgegebenen Grundgedanken entscheiden.

Der Mörder Neurings. Dresden, 19. Juni. Der Mörder des Kriegsministers Neurings ist jetzt einwandfrei festgestellt worden. Es ist der Matrose Gottlieb, der von den Elbweifen aus den tödlichen Schuß auf Neurings abgegeben hat. Der Matrose Nitsch hat den Mörder mit schwerem Gewehrstoß auf die Hände geschlagen, als er versuchte, sich an der Brüstung der Augustsbrücke festzuhalten, während eine gleichfalls in Haft befindliche Frau ihm mit einer Futnadel ins Gesicht stach. Der Prozeß wird im nächsten Monat vor dem Dresdener Schwurgericht beginnen.

Eine slowakische Räterepublik. Budapest, 19. Juni. Das Korresp.-Bureau meldet aus Eperjes, daß dort die Räterepublik ausgerufen wurde. Bei dem ungarischen Räteregierung traf eine Begrüßungsbotschaft der neuen Räterepublik ein. Die heutige Sitzung des ungarischen Sowjetkongresses wurde vom Präsidenten Bokany unter stürmischen Beifall mit der Begrüßung der slowakischen Räterepublik eröffnet.

Die Italiener besetzen Voralberg. Regenz, 19. Juni. Die Italiener beginnen mit der Besetzung Voralbergs. Alpini-Quartiermacher trafen im Monjacons und Feldtisch ein. Die Sozialdemokraten fragten im Landtage bringend an, ob die Landesregierung davon verständigt worden sei. Der Landeshauptmann verneinte und wies auf das Besetzungsrecht hin.

Italienische Kabinettstreife. Lugano, 19. Juni. Wie der 'Secolo' meldet, überreichte Orlando nach einer sehr stürmischen Kammerführung dem König die Demission des Kabinetts. Der König nahm sie nicht an mit der Begründung, daß im Hinblick auf die gegenwärtigen inneren und äußeren Verhältnisse ein Kabinettwechsel unmöglich sei.

Hollands Lebensmitteltransporte eingestellt. Amperdam, 19. Juni. Der 'Nieuwe Rotterdamse Courant' meldet, daß seit Dienstag die Ausfuhr von Lebensmitteln aus den Niederlanden nach Deutschland eingestellt worden ist. Von deutscher Seite wird verweigert, daß dies eine Maßregel der Entente sei, die ihrem Wunsch, daß die Friedensbedingungen unterzeichnet werden, Nachdruck verleihen soll.

Aus dem Biererrat. Amperdam, 19. Juni. Der Biererrat lehnte den Vorschlag der Bitterbundscommission auf Abschaffung der obligatorischen Abreibung einstimmig ab.

'Daily Mail' meldet aus Paris: Der allierte Wirtschaftsrat hat den Beginn der verschärften Blockade auf den 22. Juni festgesetzt. Vom 20. Juni ab dürfen keine Lebensmittelschiffe mehr nach Deutschland abfahren.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Arted. Koenig & Co.
Samstag in Lübeck.

Die Auszahlung der vom Stadtrat genehmigten Ermäßigungen für Brennholz an Minderbemittelte (1 Mk. für den Tag an Personen unter 3500 Mk. Einkommen) erfolgt von heute auf der Stadtkasse. (3758)

Ab Schwartau, 17. Juni 1919
Der Stadtmagistrat.
Dr. Glöckner.

Elternbund am Katharineum.

Am Donnerstag, dem 19. Juni 1919, abends 8 Uhr, findet in der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit die Beschlusfassung über die Gründung des Elternbundes, seiner Satzungen und die Wahlen zum Vorstand statt.

Einige Vorschläge für die Wahl des Vorstehenden und sechs weiterer Vorstandsmitglieder werden zunächst bis Donnerstag nachmittag 6 Uhr zu Hd. von Dr. Wittern, Königstraße 57, I., erbeten. (3725)

Der Ausschuss.



Sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion.

Sitzung

am Freitag, dem 20. d. Mts.
abends 7 Uhr
(3743) im Rathaus.

3. 1. Juli **Morgenmädchen**
für leichte häusl. Arbeiten. (3755)
Hückstädt, Greveradenstr. 12 L.

Wo kaufe ich meine Möbel?

Diese Frage wird immer schwieriger, je mehr die Materialknappheit zunimmt. Es ist unbedingt ratsam, die für später geplanten Möbelanschaffungen jetzt schon vorzunehmen, denn die Preise steigen ständig. Durch rechtzeitige große Einkäufe in süddeutschen Möbeln bieten wir trotz der großen Preisaufschläge ganz besondere Vorteile. Besichtigen Sie unsere großen Möbel-Ausstellungen im 2. und 3. Stock unseres Hauses und verlangen Sie ohne Verbindlichkeit Kostenschätzungen und sachmännliche Bedienung. Die für später gekauften Möbel können bis zur Abnahme kostenlos gelagert werden.

Rudolph **Karstadt** Kom.-Ges.

Reisebrotmarken.

Zum Schutz gegen Fälschungen sind von der Reichsgetreidebehörde neue Reisebrotmarken ausgegeben. Sie sind von gelbem Papier hergestellt und mit einem durchlaufenden Wasserzeichen sowie roten und blauen Fasern versehen.

Mit dem 30. Juni 1919 verlieren die bisherigen in Umlauf befindlichen Reisebrotmarken ihre Gültigkeit. Bis dahin gelten die alten und die neuen Marken nebeneinander.

Bis zum 30. Juni 1919 einschließlich können Reisebrotmarken alten Musters bei den zuständigen Ausgabestellen unter Vorlegung des Lebensmittelaufbewahrungsbescheins gegen solche neuen Musters umgetauscht werden. Nach dem 30. Juni 1919 ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es sei denn, daß der Verbraucher einen Lebensmittelaufbewahrungsbeschein oder sonstigen Ausweis vorlegt, in dem er über den 30. Juni 1919 hinaus mit Reisebrotmarken anstatt mit örtlichen Brotmarken zu seiner Brotversorgung versehen ist.

Vom 1. Juli 1919 ab darf Gebäck auf die alten Reisebrotmarken nicht mehr abgegeben werden. Auf die nach dem 1. Juli 1919 eingelieferten Reisebrotmarken alten Musters wird den Bäckern und Händlern kein Mehl mehr vergütet.

Bäcker, Händler und Gastwirte, die nach dem 30. Juni 1919 auf Reisebrotmarken alten Musters Gebäck oder Mehl verarbeitet werden, werden nach § 60 der R. G. D. mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50.000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 17. Juni 1919. (3727)

Das Landesverorgungsamt.

Lübecker Straßenbahn.

Die zur Zeit für den Bezug von Arbeiter-Wochenkarten in Benutzung befindlichen Berechtigungsscheine verlieren mit dem 28. Juni d. J. ihre Gültigkeit.

Eine Neuauflage dieser Scheine kann unter Vorlage einer neuen Arbeitsbescheinigung mit Angabe des Arbeitsverdienstes in der Zeit vom 15.-27. Juni 1919 werktäglich von 7 bis 2 Uhr im Verwaltungsbureau, Koedstraße 49 a, erfolgen.

Vorgeschriebene Borddrucke für die Arbeitsbescheinigungen sind bei der Firma Gebrüder Borchers erhältlich.

Lübeck, den 18. Juni 1919. (3726)

Die Betriebsverwaltung.

Stuhlergelehen gesucht a. m. Möbel. Lohn pro St. Mk. 2.35. 3752
Kottwitzstr. 7.

Zigarrenladen in guter Lage ohne oder mit 2 möblierte Zimmer, zu mieten gesucht. Angebote unter F B 1001 an die Exp. d. Bl. (3731)

Zu k. gef. ein kleines Haus mit ein oder zwei Wohnungen. Angeb. mit Pr. unter L K II an die Exp. d. Bl. (3730)

Billig zu verkaufen Stg- und Liegewagen. (3734) Lübzomstr. 30.

Kostenvoll gegen Anzugstoff zu tauschen oder zu verkaufen. (3740) Wölbstr. 21 I.

3 vert. eine weiße Diva, ein braun Sommergut u. eine kleine Banduhr. (3737) Karstenstraße 18 I.

2 Siegestühle, Wascht. m. Rasterfg., Stammofen, 20 Stl. Tischmangel (neu) verk. (3736) Stoltingstraße 42 IV.

Gutes Zimmerwerkzeug zu verkaufen. (3735) Arminstraße 18, I.

Sommerhut für Badf. billig zu verkaufen. (3732) Friedrichstraße 5, II.

Zahl. Schnürstiefel 44/45 geg. Damenstiefel 39/40 und Schnürstiefel f. Kr. 43 zu verkaufen. (3733) Gaeisenaustr. 7, part.

Zu vertauschen eine Arbeits- u. eine weiße Bluse 40 für junges Mädchen. (3760) Gartenstraße 7, I.

1 P. D. Stiefel, Gr. 41 geg. 1 P. D. Schuhe oder Kinderstiefel zu vertauschen. (3738) Watenismauer 23 III, II.

Verloren am 1. Pfingsttag eine rote Korallen-Kette v. Lübeck b. Kreuzlamp-Katzen. Geg. Bel. abzug. Lindenstr. 37. (3762)

Bilderleisten einrahmen Oscar Tauschitz, (3747) Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2308.

Nähmaschinen neue und gebrauchte, Del. Nadeln, Ersatzteile. Reparaturen sämtlicher Systeme schnell und gut. (3749) Nähmasch.-Spezial-Geschäft von Hehr. Kruse, Fildergasse 38. Fröh. Igi. Mech. u. Sg.-Mach.-Co.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (3746)

Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparn. Lübeck.

Schelm & Wege
Kengstr. 10. (3735)
Wurzelsamen, Gurkenkerne, alle Gemüsesamen, Düngemittel für Gemüse und Blumen empfiehlt

Neu eingetroffen sind:
Reuters Werke mit viel Illustration. 11 Bde.
Goethes Werke mit viel Illustration. 11 Bde.
Hauuffs Werke mit viel Illustration. 11 Bde.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Meiner verehrten Kundschaft zur gefälligen Nachricht, daß ich den Kartoffel-Handel wieder aufgenommen habe und bitte höflich um Entschuldigung in die Kundenliste. (3739)
Eduard Alpen.
Barenborfstraße 19 b.

Tannenholz meterweise zu verkaufen. (3754) Näh. bei der Moltkebrücke.

Kleine eis. Sparherde mit Bratofen wieder vorrätig. (3744) Robert Bloch, Filderg. 63

Kartenbriefe sind vorrätig. Buchdruckerei Fr. Meyer & Co. Buchhandlung.

Neu-Lauerhof.
Morgen Freitag: (3728)
Großer Tanz. Anfang 7 Uhr.
Großes Orchester. Harmonikklub. 7 Musiker.

Israelsdorf. Erholung.
Morgen Freitag: Ball-Musik. Anfang 6 Uhr. (3742)

Konzerthaus Flora
Sonabend, den 21. Juni:
Tanzkränzchen.
Anfang 6 1/2 Uhr. (3748) Max Siems.

Waisenhof. TANZ. Freitag u. Sonntag (3730)

Arbeiter-Gesangverein Kücknitz
Mitgliedschaft d. Deutsch. Arbeiter-Sängerbundes.

Einladung zum Stiftungs-Fest, bestehend in Gesangs-Vorträgen mit nachfolgendem Ball, am Sonnabend, dem 21. Juni, im Restaurant „Lindenhof“, Israelsdorf. Preis für Herren 2.00 M., Damen 1.00 M., Bundesmitglieder 1.00 M., Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende ?? Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand. NB. Die umliegenden Brudervereine sind hiermit freundlichst eingeladen. (3745) D. O.

Bekanntmachung.
Volks-Kino
Bürgerverein, Königstrasse 25.

Um dem Namen „Volks-Kino“ gerecht zu werden, fühle ich mich veranlaßt, jeden Montag und Donnerstag

Volksvorstellungen
zu geben mit einem Einheitspreis von 1.20 Mk. für sämtliche Plätze und ungekürztem Programm.

Jeden Sonntag von 2-4 Uhr Kindervorstellung mit nur erstklassigen Filmen, die für Jugendvorstellungen von der Zensur freigegeben sind.

Nur Erstaufführungen!
Spielplan vom Freitag, dem 20. bis Montag, dem 23. Juni:

Der Liebe Macht, des Rechtes Sieg.
Ein hervorragendes und ergreifendes Schauspiel aus dem Leben in 5 Akten.

Das Wissen ist der Tod.
Ein gewaltiges, ans Gewissen mahnende Drama in 4 Akten.
Anfang täglich 4 Uhr nachmittags. (3761)

Fachmann beweisen es, daß Sie viel Geld, Mühe und Verdruss sich ersparen, wenn Sie Ihren Bedarf an Musikinstrumenten sowie Reparaturen machen bei

A. M. Flügel
Obere Aegidienstraße 9, am Klüngenberg. Daselbst einzige und größte Werkstatt mit Kraftbetrieb dieser Branche am Plage. Lieferant hiesiger und auswärtiger Militär- u. Zivilkapellen. (3759)

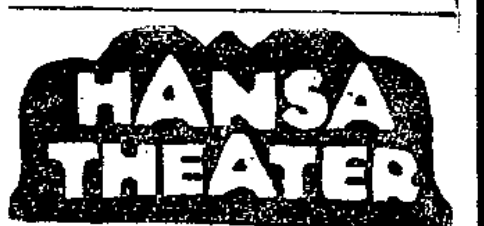
Am Sonnabend, d. 21. Juni abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Landarbeiter und -Arbeiterinnen v. Rensfeld u. Umg.
in Sükes Gasthaus, Rensfeld (3741) Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeulier.
Zahlstelle Lübeck.

Versammlung
am Freitag, dem 20. Juni abends 7 1/2 Uhr im Verbandslokal Marlesgrube 22. Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission, 2. Verschiedenes. (3729) Der Vorstand.

Kücknitz
W. Dieckelmanns Gasthof
Freitag, den 20. Juni
Tanzkränzchen.



Donnerstag: (3751) Prinz und Bettlerin.
Freitag, abends 8 Uhr: Die große Sensation!

Prinz und Bettlerin

Militärausstattungsstück von G. V. Lutz (Verf. von Krone u. Fessel).
1. Prinz Michael d. Bucklige.
2. In die Falle gelockt.
3. Der Kampf i. Roten Schloß, Michaels Hochzeitsabend.
4. Ein Gottesgericht.
Sonnabend: Prinz und Bettlerin.
Sonntag: Bettlerin.

Stadthallen-Theater
Lübeck. (3756)

Donnerstag, den 19. Juni:
Abends 7 1/2 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Operette in drei Akten von Leo Fall.

Freitag, den 20. Juni:
Die Heirat.

Sonnabend, den 21. Juni:
Nanon
Die Wirtin zum goldenen Lamm.

Sonntag, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr: im Stadthallengarten:
Großes Konzert
Orchester des Vereins der Musikfreunde Lübeck.
Abends 8 Uhr:
Nanon.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten“.
6. Verhandlungstag.

Reimar, den 15. Juni 1919.
Eine Reihe Unterzeichner der Davidsjohnschen Anträge erklärt, daß sie von einer organisierten Opposition nichts wissen und nichts wissen wollten. — Es folgt die Weiterberatung der Rätefrage.

Cohen (Karlsruhe): Wer vor Monaten so gesprochen hätte, wie Sinsheimer, hätte führenden Genossen als halber Spartaßil gegolten. (Sehr wahr!) Schwere von Parteigenossen wären uns nicht davongelaufen, wenn die Führer die Rätefrage rechtzeitig gelöst hätten, wenn die Führer etwas eher in den Räten mehr als bloß eine bolschewistische Krankheit gesehen hätten. Aber Minister und Parteiführer ließen sich erst durch die großen Streikbewegungen widerwillig einige Konzessionen abtrotzen, die niemand befriedigten und auch sachlich nicht genügten. Vor Monaten hätte sich durch rechtzeitiges Erkennen der Rätefrage ein fester Damm gegen den Radikalismus und die Räteherrschaft bilden lassen. Wir müssen für die Sozialisierung ein geeignetes Instrument schaffen, das sind die Produktionsräte, die paritätisch zusammengesetzt sein müssen. Die Unternehmer sind als Kenner und Sachverständige nicht zu entbehren und wir bekämpfen sie ja nur als Monopolisten des Kapitalismus. Aus den Produktionsräten soll die Kammer der Arbeit hervorgehen. Bei berufständischer Auswahl kommen die Besten viel eher an die Spitze als in den Parlamenten. Die Kammer der Arbeit soll die den wirtschaftlichen Fortschritt hemmenden Funktionen des Parlamentarismus überwinden helfen. Dazu bedarf sie mehr als eines Kontrollrechtes. Sie muß vielmehr gleichberechtigt mitarbeiten. Dieses Zweikammer-system ist auch viel demokratischer als die formale reinpolitische Demokratie. Eine Kammer, die alle Macht und Gewalt hat, braucht eine Gegenmacht, sonst führt sie zur Anarchie. Das Staatenhaus ist dieses Gegengewicht nicht. Durch die Kammer der Arbeit bekämen wir kein Dreikammer-system, sondern das Staatenhaus und die ganze kleinparteiliche Zersplitterung würden sehr bald verschwinden. Volkshaus und Kammer der Arbeit würden sehr gut miteinander arbeiten, denn der Zwang zu gemeinsamer Arbeit hindert das Auseinanderfallen. Wenn die Konservativen die Kammer der Arbeit sympathisch beurteilen, so ist das noch kein Argument gegen sie. Der Regierungsentwurf, der dem Reichswirtschaftsrat nur in grundlegenden Fragen auf wirtschaftliche Gebiete gutachtlich hören will, genügt nicht. Wir sind bisher ganz überwiegend Vertreter einer reinen Konjunkturpolitik gewesen und sollten uns freuen, wenn wir eine Kammer der Arbeiter bekommen, in der ganz offen das Berufsinteresse vertreten wird, so daß es nicht mehr die allgemeine politische Vertretung zu vermissen braucht. Auch das Initiativrecht, das die Regierungsvorlage dem Reichswirtschaftsrat zuweist, ist nur gering einzuschätzen. Gegen die Regierung ist im Parlament nichts durchzuführen. Die politischen Schwierigkeiten werden wachsen und fortbestehen, um so wertvoller wäre es, wenn wir wenigstens in der Rätefrage den verwirrenden und bedrückenden Ruf nach der Räteherrschaft zum Schweigen bringen könnten. Ohne Hilfe der Arbeiterkräfte können wir weder sozialisieren noch neue Arbeitsplätze schaffen. Möge es uns gelingen, Deutschland aus den politischen und wirtschaftlichen Wirren zu retten. (Beifall.)

Rosenstein: Den Uebergang zur klassenlosen Gesellschaft kann nicht eine Klassendiktatur bilden. Gegen den Mißbrauch des Parlaments brauchen wir Sicherungen, Schutz der Minderheiten, Selbstverwaltung und Volksabstimmung, die Cohen ganz übersehen hat. Das alles bleibt im Rahmen der Demokratie und meidet die Gewalt. In der Frage der Arbeiterkräfte haben wir, das soll offen eingestanden werden, gewisse Schwankungen durchgemacht. Im wesentlichen knüpfen wir an Gedanken an, die wir schon im Arbeiterkongress vor Jahren niedergelegt haben. Einen autonomen Betriebssozialismus durch die Betriebsräte müssen wir ablehnen. Gewerkschaften und Arbeiterräte müssen sich ergänzen. So lange in der Leitung und Verwaltung der Betriebe die Demokratisierung noch nicht reif ist, muß die Klassenherrschaft der Besten noch überwacht werden. Die Wirtschaftsräte brauchen nicht unbedingt paritätisch zusammengesetzt zu sein.

Kollmann-Köln: Wozu wir leiden, ist nicht die Schwäche der Regierung, sondern der Mangel an Mut bei unseren Vertrauensleuten. (Sehr wahr!) Sie vertrauen sich nur, die ganze Nationalversammlung und Regierung zum Frühstück aufzutreiben, aber sie sind ebene Feiglinge, wenn sie gegenüber einem Unabhängigen oder einem Kommunisten die Politik der Partei vertreten sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Ausbau des Räte-systems erscheint mir wichtiger als jede neue Sozialisierungsmaßnahme, aus denen uns bisher nur mißlungene Fragen angingen. Die

Menschen müssen mehr als bisher durch die Schule der sozialistischen Wissenschaft und Ethik gehen. Wir müssen den Glauben an das Räte-system, der jetzt die Massen beherrscht, bekämpfen. Die Sozialisierung der Wirtschaft kann nur langsam vor sich gehen. Wir müssen die Arbeiteratsmitglieder erziehen, sonst werden sie sehr rasch abwirtschaften. Wir haben in Deutschland der Demokratie durch die Revolution zum Siege verholfen. Möge nun auch der Sozialismus siegen mit Hilfe der Demokratie. (Beifall.)

Dittmer-Berlin: Die Gewerkschaften, die schon seit vielen Jahrzehnten für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in Betrieben kämpften, wissen etwas mehr vom Wirtschaftsleben als die Arbeiterräte, die das Unternehmerrisiko im Geldsack des Betriebes suchen gingen. (Weiter.) Das Zweikammer-system gefährdet die Demokratie. Die kommunalen Arbeiterräte haben gegenüber der durchgeführten Demokratie keine Existenzberechtigung mehr.

Romme-Lübeck: Die Produktivität der Arbeit muß steigen, sonst verfallen wir in das russische Elend, daß der russische Rubel über Lübeck als Hauptexporthafen auch auf Deutschland übertragen wird.

Rahmann-Dresden: polenisiert gegen Kalfski, Cohen und Dehne, deren Politik ebenso Schiffbruch erleben werde wie ihre U-Boot-Prophesieungen.

Küffmeier-Hamburg: In der jetzigen Zeit muß jeder Arbeiter an Arbeitsleistung hergehen, was er nur hergeben kann. Wir müssen uns vor dem Schlagwort „Sozialisierung“ hüten.

Bauer: Wir haben von jeder in der Rätefrage einen festen Standpunkt eingenommen und uns schon in den ersten Wochen der Revolution gegen das Schlagwort „Alle Macht den A- und S-Räten“ gewandt. Die Unabhängigen haben sich gewandelt, nicht wir. Wenn der Regierung ihre Unproduktivität vorgeworfen wird, so müssen sich gerade diese Kritiker an ihre eigene Brust schlagen. Jeden Tag muß ich mich persönlich mit Streikdeputationen auseinandersetzen, die unverantwortliche Forderungen stellen, und uns kostbare Zeit rauben. Die Entschließungen Sinsheimer und Kalfsteins überweist der Parteitag am besten an die Fraktion, da über alle Einzelheiten wohl heute nicht mehr mit Mehrheit entschieden werden kann. Es fehlt an politischer Erziehung. Jetzt findet die radikalste Forderung die größte Zustimmung; vor allem gilt das für die Angestellten, die früher nicht den Mut zum Kampfe gegen ihre Unternehmer aufbrachten und heute nicht genug fordern können. Sie stehen unter der Führung junger, unreifer Menschen, die sich mit einer Ueberhebung sondergleichen über uns verhalten und veraltete Menschen ohne Verständnis für die neue Zeit ähneln. Sie halten jeden jungen Mann für den geborenen Betriebsleiter. So geht es nicht weiter. Die Betriebsleitung muß in den Händen verantwortlicher Leute liegen. In den Wirren in Hamburg trägt die Schuld, daß man dort den Unabhängigen und Kommunisten viel mehr Einfluß in den Arbeiterräten einräumt als ihnen der Zahl nach zusteht. Richtig war eine Vertretung der Hamburger Arbeiterräte in Berlin, und diese Unabhängigen und Kommunisten hielten uns vorzuziehen, in denen ein so großer Unmut verpackt wurde, daß einem fast die Verzweiflung überkommen konnte. (Hört, hört!) Sie sagten, daß in Hamburg die Betriebe schon vollkommen von den Arbeitern verwaltert würden. Man stelle sich das nur einmal praktisch vor. Auf der einen Seite steht der Inhaber oder das Direktorium, auf der anderen Seite der Betriebsrat. Bei wichtigen und schnellen Entscheidungen wird nun zwischen dem Betriebsrat und der Leitung stunden- oder gar tagelang verhandelt! Eine solche Entwicklung ist unmöglich. Wohl aber muß der Arbeiter Einfluß erhalten in Fragen der Arbeitsweise, Anstellung und Arbeitsbedingungen. Weiter dürfen wir nicht gehen. Das Mitbestimmungsrecht darf nicht überhand nehmen. Das Kündigungsrecht muß den Betriebsleitungen zustehen, natürlich unter Beachtung gewisser Kontrollen. Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Betriebsräte ist auch von Parteigenossen in Grund und Boden kritisiert worden. Man kann aber doch wirklich nicht zwanzigjährige Menschen die Geheimnisse eines großen Betriebes anvertrauen! Für die Betriebsräte muß ein Mindestalter von 25 Jahren und vielleicht eine dreijährige Beschäftigung im Betriebe gefordert werden. Die Kritik der Parteipresse an diesem Entwurf war vielfach geradezu unerantwortlich. Das gilt besonders für das „Hamburger Echo“. Die Gewerkschaften haben sich nicht überlebt. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich schämen, daß in den letzten Monaten Unternehmern durch Terror, ja direkt Entschickungen zur Annahme von Forderungen gezwungen worden sind. Die Betriebsräte müssen Einrichtungen der Gewerkschaften sein. Wir müssen unseren alten Ideen treu bleiben, selbst wenn Hunderttausende nach links abwandern sollten. Wir dienen damit der Arbeiterklasse und unserem Volke. (Beifall.)

Ein Schlusssatz wird angenommen.
Cohen (Schlußwort): Wenn Hunderttausende nach links abwandern, so muß das einen berechtigten Kern haben, den wir

herausziehen müssen. Bisher hatten alle Demokraten der A das Zweikammer-system und es ist nur in ganz seltenen Fällen Reibungen gekommen. Bisherigen wir heute dem Reichswirtschaftsrat politische Rechte, so wird er sie sich unter schweren Kämpfen nehmen. Dem kann nur ein rechtzeitiges Entgegenkommen vorbeugen. Lehnt auch heute der Parteitag meine Anschauung ab, unbesorgt, sie werden sich schon durchsetzen.

Dr. Sinsheimer (Schlußwort): Wir müssen eine Kammer der Arbeit mit aller Macht bekämpfen. Es kann der Zeitpunkt kommen, wo wir im Parlament die Mehrheit für uns gewonnen haben, und wo wir dann an dem Ausbau der politischen Freiheit durch dieses berufsständige Parlament gehindert werden. Wir haben keine Veranlassung, Hand in Hand mit den Deutschnationalen für diese alte und überlebte Idee einzutreten. (Sehr richtig!) Gewiß bedarf die politische Demokratie der Kontrolle aber diese Kontrolle ist in der Demokratie selbst vorhanden. Ich heile die Wunden selbst, die sie schlägt. Das Wesen der Demokratie liegt darin, daß die Fähigkeiten an die geeignetsten Stellen kommen. Ein Uebermaß an Kontrolle lehnen wir ab. Die Kontrolle ist unter der Arbeit der Arbeiterkräfte ist für die gesamte Verwaltung, die die der Gemeinden von Wert. Deshalb bedaure ich, daß in der Entwicklung durch einen Entschick der preussischen Regierung eingegriffen worden ist. (Sehr richtig!) Die Regierung von heute die nie verzeihen, daß sie aus den Arbeiterkräften hervorgegangen (Lebhafte Zustimmung.) Sie darf in der Rätefrage nicht erst handeln, wenn die Flammen schon emporlodern. Sie darf sich nicht vor fertige Tatsachen gestellt sehen. Das schreckliche Motto „Spät“ der Beherrschenden Regierungsmethode darf nicht zum Motto einer Regierung werden. Nach ist es nicht zu spät schöpferischem Handeln für die Regierung. (Lebhafte Beifall.)

In der Abstimmung wird der Standpunkt Cohen gegen eine Ergänzung Kalfsteins gegen diese eine Stimme angenommen. Ein Antrag, das Räte-system bei der Eisenbahn einzuführen, wurde abgelehnt.

In den Bildungsausschüssen werden gewählt: Dr. Bohm-Schuch, Professor Cunow, Dr. Franz Diederichs, Hermann Korn, Heinrich Schulz, Hellmann, Lohde und Schred. — Die Wahlen des nächsten Parteitag werden dem Vorstand überlassen. — Es folgt die Erledigung der vorliegenden Anträge: Dabei wird unter anderem ein Antrag Frankfurt a. M. angenommen, wonach alle Führer früheren Throninhaber ohne Pension abgefunden werden sollen. Anträge auf Schaffung eines jetzigen kommunistischen Programms gehen an den Parteivorstand, ebenso der Antrag Schaffung eines sozialdemokratischen Banerensystems und ein Antrag auf Anstellung von zwei weiteren Sekretären im Parteivorstand. Einstimmig Annahme findet ein Antrag, der die Münchener Kommunisten Toller das Schicksal Levins erpart. Einstimmig verurteilt werden alle Gewaltaktionen links und rechts. Es wird die Forderung erhoben, daß die Arbeiter der Minister Auer und Neuring rüchrichtlos gegangen sind. — Anträge auf Besserung des Loos der Kriegsgewunden werden einstimmig zum Beschluß erhoben, ebenso ein Antrag auf Schaffung eines Saargebietes von Deutschland, den Parteivorstand beauftragt, kein Mittel anzuwenden, um die organisierten Beziehungen mit der Reorganisation des Saargebietes nach Möglichkeit aufrecht zu halten. — Schließlich wird ein Antrag Hermann Müller-Daßmann angenommen, worin der Parteitag alle Uebergriffe, die deutsche Truppenführer und deutsche Truppen gegen die rechtmäßige Volksregierung Letlands und Estlands haben zu Schulden kommen lassen, verurteilt und fordert, daß das Selbstbestimmungsrecht des lettischen und estnischen Volkes in jeder Weise geschützt werde, sowie daß die von den lettischen und estnischen sozialistischen Parteien mitgeteilten Behauptungen schnelligst nachgeprüft die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Die noch im Kriege stehenden deutschen Truppen müssen schleunigst zurückgezogen und die Kampfhandlungen sofort eingestellt werden, da für Zwecke baltischer Junker kein Tropfen deutschen Blutes vergossen werden dürfe. Das Ueberleben deutscher Soldaten und Offiziere zur baltischen Landeswehr mühe verhindert werden.

Vorsitzender Schulz schließt den Parteitag mit einer Sprache, in der er auf die gewaltigen Veränderungen hinweist, sich seit dem letzten Friedensparteitag vollzogen haben. Sie stehen seitdem mitten in der Weltrevolution, der Krieg war teils Revolution, war die gewalttätige Liquidation der Welt des Kapitalismus. Aus dem Blummeer des Krieges erhebt der Sozialismus als Bringer des Weltfriedens und Erlösung Flucht der Ausbeutung und des Militarismus. Unsere ganze ermüdete, jahreslange Arbeit hat die Ereignisse vorbereitet die wir jetzt durchleben. Darum sind wir Sozialdemokraten e

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fr. Kugel-Mainz.

29. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Das war der erste Ton, der herzhafte Klang warmer Liebe, auf welchen Dörche vorhin vergeblich gelauscht hatte. Der Tropfen Balsam, den ihre dürstende Seele begehrte, sprudelte jetzt als rauschender Quell ihr entgegen — sie brauchte sich nur zu neigen und seine beseligende Nektar zu schlürfen! Eine hingebungsvolle Bewegung von ihr hätte genügt, um an des geliebten Mannes Brust zu ruhen und geschützt vor allem künftigen Herzeleid zu sein. Dürfte sie der verführerischen Lockung folgen? Dürfte sie als eine Gefallene an die Seite dieses Ehrenmannes treten — als sein nicht nur geliebtes, sondern auch — geschätztes Weib? Nein — sie durfte es nicht! In den einsamen Stunden ihres Krankenlagers hatte sie sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß ihr Fehltritt gebieterisch für ihr ferner Leben Entscheidung von ihr verlangte, wollte sie nicht der entsetzlichen Möglichkeit ausgesetzt sein, von dem Gefährten ihres Lebens wegen diesem Fehltritt gering geschätzt zu werden, vielleicht Vorwürfe zu hören! — Nein, nein — um Himmelswillen keine neuen Seelenkämpfe — sie hatte genug daran zu tragen, daß ihr die Rückkehr in das Vaterhaus verschlossen war! So innig sie den, der wiederholt um sie warb, liebte — sie hätte es nicht vermocht, an seiner Seite zu leben, ohne zu jeder Stunde zu fürchten: Wird er nicht bereuen, daß er sich an dich wendete?

Ein qualvolles Beben durchzitterte ihre schlaffe Gestalt. Langsam ige Hand aus der seinen ziehend, streifte sie dieselbe abwehrend gegen den vor ihr Stehenden und sagte hitend:

„Mit, mit, Paul! Damit muß es zwische uns zua vorbei sein!“

„Aber, Dörche, red doch mit mir!“ bat er innig. „Warum sollst du dann vorbei sein? Ich hab dich doch so lieb und du host mich so lieb, wie e Mädchen nur ein Mann lieb habe kann! Du host's so selbst vor Gericht — vor alle Zeit gesagt!“

„Ja, Paul, ich hab dich lieb, um weil ich dich lieb hab, darf ich bei Fraa nit wern! Der Paul Höfer darf taa Fraa in sei Haus fahre, der wo mer des nachsagt, was mer mit Recht nachsage kann! Des gaa taa Glück, glaab mits! Wenn du aach jetzt vielleicht americh denst um glaabst, du könnt dich über die Gschicht enaussehe, weil ich des erste Mädchen bin, wo du gern host, weil du jetzt, wo du noch jung bist, dir einbildst, du könnt nit von mir losse, glaab mir — mit der Zeit taa die Rei un taa dir wie en Wom am Herz helle. Un wenn ich des merke taa, Paul, dann war ich noch viel unglücklicher, als wie ich jetzt bin!“

„Aber, Dörche, glaab mir —“ wollte der Burche unterbrechen, doch mit ruhiger Festigkeit ihre mächtige Erregung gewaltig niederzwingend, fuhr sie fort: „Es darf nit sein, Paul, es darf nit sein — mach mits doch nit so schwer! Willst du von alle Zeit im Ort drum angehele sein, daß du e Fraa nimmst, die sich so vergesse hot wie ich? Willst du bei ganz Lebe lang dulde, daß deine Fraa von alle annere über die Achsel angesehen werd, daß se immer dir herzhaftele un sage: Der verliert Simpel hätt aach was Geschiederes tun könne, als des abgeleht Butterbrot zu nenne? Willst du e Fraa, die ihm eigne Watter nit ins Haus komme darf? Na, Paul, dazu bis du zu gut!“

„Dörche, was kann uns an dem Gered von de Leit liege, wenn wir zmaa aamig sein un uns gern habe? Un daß du beim Watter nit ins Haus komme darfst, — naanst du, des könnt mich von dir abhalle? Mit der Zeit werd der Watter dir aach widder gut — er ist doch dein Baer!“

Der Ton, in welchem Paul diese Worte vorbrachte, sollte überzeugend klingen — dennoch vibrierte es darin wie eine leise Zögerung, als jäh der Sprecher die Gründe von Dörchens Weigerung wohl ein. Und so war es in der Tat! Was Dörchen gegen ihre Verehrung verbat, war genau daselbe, was er selbst sich schon hundert Mal in Gedanken vorgeleht hatte und was ihm ebenfalls mitunter als unüberwindliches Hemmnis einer Verehelichung mit dem Mädchen erschienen war. Die anfangs hochgehenden Wogen seiner Gefühle wurden deshalb durch die Worte der Geliebten etwas zurückgedämmt, und gaben wieder kühleren Ermäßigungen Raum, wenn er auch selbst davon überzeugt war, daß sein Leben ohne Dörchen, ein Leben vielleicht mit einer anderen, ihm gewiß unglücklicher machen würde, als eine Verbindung mit der Geliebten trotz ihres begangenen Fehltritts.

Als Dörchen sich jetzt wieder auf einen der vor dem Eigentümlich stehenden breitbeinigen Holzstühle niederließ und den schmerzenden Kopf auf die Linke stützte, ohne auf die letzten Worte Pauls etwas zu erwidern, nahm dieser wieder das Wort:

„Dörche, loß mich nit so von dir gehe! Geb mir wenigstens aa aanzig Hoffnung! Lieb Dörche, host du mich dann nit?“ fuhr er hitend fort, als das Mädchen noch immer stumm blieb.

„Loß mich, Paul, loß mich!“ schlochte es jäh gequält auf „Am Gotteswille, loß mich, es darf nit sein — mach mits nit gar zu schwer! Loß uns gute Freund bleibe, — vielleicht mit der Zeit — die Stimme erfuhrte der Sprechenden vor innerer Bewegung — wild abwehrend streifte sie den Arm gegen den Geliebten, so daß dieser, doch etwas verlegt darüber, daß seine Werbung abermals zurückgewiesen wurde, langsam die Hand von ihrer Schulter zog und leise sagte:

„Abe, Dörche, ich will dich — weiter gaa — un alierieren! Vielleicht host du recht, vielleicht kimmt mit de — noch alles in de Reich!“

Damit wandte er sich zur Tür, durch die er ging den Saal aus.

der God nur ein schlichtes „Abe, Frau Bas!“ zurufend, und schon auf der Straße, als die Alte sich von ihrer Verblüffung löst hatte und ihm nachsah:

„Ja, Paul, was soll dann des hanze? Du läufft so fort? wollt ich die Schälher einbring!“

Paul hörte die Worte nit mehr.

Kopfschüttelnd trippelte die God in die Wohnstube, wo Dörchen jetzt rückhaltlos ihrem Schmerz hingab. In fast losem Schluchsen bebte ihr schlanker Körper, und geräume vermochte kein Zuspruch der guten Alten den entsetzlichen Trautrom zu hemmen. Als das Mädchen endlich unter den mit Trostesworten ruhiger wurde, da lehnte es den schmerzenden an die Brust der Greisin und flüsterte unter neu hervorquellenden Tränen:

„Ich is er gange, God, — ich is alles vorbei!“

11.
In Todesangst.
Am Ende des Dorjes, wo es nach dem in der Richtung Glasstoffs laufenden Hohlweg zuzug, lag das Häuschen Botengrad. Ein armeliges Heim, wohl das schmuckloseste armeligste im ganzen Dorje. Die nach der Straße zu wühl stehende Wand des Gebäudes, von welcher die Lünche hängt den Regen abgewalden war und daher ein schwer zu bestimmtes Rosort trug, war nur von zwei kleinen, ziemlich weit auseinander stehenden Fenstern durchbrochen, hinter denen kleine vermal Kattenvorhänge den Blick in das Innere wehrten. Das hell vollen Stellen schadhaftes Ziegeldach, welches sich nur einige über den Fenstern erhob, war mit einer dichten, grün schwarzen Schwammwolle überzogen und ließ in Ermang eines Blechdaches das Himmelsnag direkt auf die Straße tra. Eine halbzerfallene Laternenleuchte führte nach einem kleinen, pfasterten Höfchen, von welchem aus man durch die an der des Häuschens befindliche, zweiteilige Haustüre in das Hofgelange, das aus einer Stube und der daneben befindlichen bestand. Wie das Äußere des Hauses, so ließ auch die Ausstattung der inneren Räume die bitterste Armut erkennen. Ein zweifelhafte tannes Bett im Hintergrunde — zwischen den Fenstern keine Kommode, auf welcher unter einer geprungenen Glas ein kleines verblühtes Kränzlein aus künstlicher Blumen Brautkranz der Botengrad — zwischen einigen verblühten Traugrün in aus Zigarrenholz geschnittenen Rahmen die Mülle nahm — zwei Stühle und ein Tannentisch, sowie eine Kiste dem einen Fenster stehende Bank, bildeten das ganze Mobilia Stube, deren mit blauer Kalkfarbe gespritzten, an vielen E schadhafte Wände nur von einigen Keimen mit Staub durchzogenen Östrogaphien und einem zwischen der Stube stehenden über der Kommode hängenden, aus verrosteten Metall gefertigten Sausesegen, geknüpft waren.

November auf den Plan getreten und haben dafür gesorgt, daß die evolution weder erdrückt noch erstickt, noch durch den Fanatismus ungezügelter Elemente zu Fall gebracht werde. Diesem Zwecke ist auch der jetzt geendete Parteitag mitgegeben. (Bravo!) Jahrelang haben die deutschen Arbeiter verkannt um das deutsche Volk gebietet und gelitten. Erst jetzt, da die Macht siegestrunder ewalhaber unserem Volke das Messer an die Kehle setzt, entlassen seine Arbeiter den letzten und besten Kern ihres Wesens und ringen überall für das gefährdete deutsche Land in die Bresche. Ihre die deutschen Arbeiter, ohne die deutsche Sozialdemokratie in Deutschland, in dem zu leben, für das zu wirken sich lohnt. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen das freie Deutschland. Nur ein freies Deutschland kann die Fundamente der sozialistischen Wirtschaftordnung legen, nur ein solches kann den sozialistischen züden die Hand reichen zum gemeinsamen Kampfe gegen die kapitalistische und militaristische Herrschaft zum Wiederaufbau der internationalen Internationale, der Bahnbrecherin und zuverlässigen Hüte des Völkerbundes. (Bravo). Eine neue Zeit ist da. Wir werden das Eilen, schmieden sie mit uns. (Stürmischer langandauernder Beifall.) Die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie als Glied der revolutionären sozialistischen Internationale, sie be hoch! Die Delegierten stimmen begeistert ein und singen die Internationale.

Schluss 1 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Regierung und Kohlenpreiserhöhung.

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hat trotz des Widerstands des Reichswirtschaftsministers die Kohlenpreise ab 15. Mai um 10 Mk. und die Kokspreise um 15 Mk. erhöht. Nachher daraufhin erlassenen Höchstpreisverordnung des Reichswirtschaftsministers dürfen die am 1. Juni in Geltung gewesenen Verkaufspreise vom Kohlenyndikat und sonstigen Zechenbesitzern nur 5 Mk. für die Tonne Steinkohlen und 7 Mk. für die Tonne Koks (ohne Steuer) überschritten werden. Diese Preiserhöhung ist so bemessen, daß sie den Zechenarbeitern eine Lohnzulage von 10 bis 2,50 Mk. pro Mann gewährt. Der Reichswirtschaftsminister hat seine Zusage einer Preiserhöhung von vornherein an Bedingung einer entsprechenden Lohnerhöhung geknüpft. Die diesen Bedingungen sind auch den übrigen Steinkohlenrevieren ferlegt worden, ohne daß dort das Zwangsmittel einer Höchstpreisverordnung angewendet werden mußte.

Das Standrecht der Spartakisten.

Der rote Soldatenbund hat in Berlin Plakate angehängt, die sich gegen die Freiwilligen wenden und in denen gendler Satz vorkommt:

„Hütet Euch vor der Rache, die Euch treffen wird. Wenn wir das Standrecht verhängen werden, werden wir Leben zu treffen wissen, der sich jetzt an den Verbrechern einer schamlosen Militärkamarilla schuldig macht.“

In Lübeck prangen kleine Zettelchen, auf denen Ebertscheimann als Verbündete des Weltkapitals bezeichnet werden, hrend sich Spartakus als Befreier durch die Revolution auszeichnet.

Wer ist Hasso von Tyszkä?

Am 9. Dezember 1918 hielt Wladimir Hasso von Tyszkä in Liebknecht und Rosa Luxemburg mehrere Stunden gefangen, I ihm von einer bürgerlichen Seite 10 000 Mk. Belohnung für Festnahme der beiden versprochen waren. Tyszkä wurde von Soldatenwehr sofort entlassen und vom Kommandanturgeni zur Rechenschaft gezogen, mußte aber freigelassen werden ren geistiger Unzurechnungsfähigkeit. Einen Monat später schickte Tyszkä Georg Ledebour und Ernst Meyer auf eigene ist und versuchte aus dieser seiner Tat verschiedenlich Geldzüge herauszuschinden, wurde aber aufs schärfste und schroffste afgewiesen und verlegte sich dann auf Betrübereien und Ränzen (Aneignung von falschen Ausweisen, Bandendiebstahl, Erzungen usw.). Im März stand er vor Gericht, dieses mußte aber wiederum freisprechen auf Grund des § 51. Seine Ab- ledebour um die Gede zu bringen, wurde nur durch das Da- identitäten Anton Fischers verhindert, der ihn auch von seinem haben, Liebknecht am 14. Januar abermals zu verhaften ent- ch zu ermorden, abtrachtete. Tyszkä hat stets auf eigene uß gehandelt, besaß zu keiner Zeit auch nur das geringste trauen Anton Fischers und wurde von diesem wiederholt hin- geworfen. Nach seiner Entlassung aus dem Untersuchungsge- nis im März hat sich Tyszkä dem Rechtsanwalt Kurt Ro- feld an, um Aussagen gegen die Kommandan- zu machen. Ein höherer Gerichtsbeamter, an den sich Kurt Ro- ld wandte, warnte diesen aufs nachdrücklichste vor Tyszkä, der Familie eines bekannten Führers der Unabhängigen bet- vor jirta einer Waise Tyszkä um eine kleine Gabe und stellte ir in Aussicht, zweckdienliche Angaben im Ledeb- rprozess zu machen. Zurzeit wird Tyszkä von der Staats- altschaft gesucht wegen erneuter Betrübereien und Diebstähle.) versuchte Tyszkä sich unter einem falschen Namen bei einem willigenkorps anwerben zu lassen. Dieser Hasso von Tyszkä ist also der Kronzeuge des Rechts- alts Kurt Rosenfeld!

Schritte zur Befreiung der deutschen Gefangenen in Sibirien.

An zuständiger Stelle erfahren die „P. P. A.“: Nachdem er alle Versuche, die deutschen Gefangenen in Rußland heim- usportieren, daran gescheitert sind, daß die Alliierten er- ren, zuerst müßten die Gefangenen anderer Nationen berück- igt werden, hat die deutsche Rassenhilfskommission in a neue Schritte zur Befreiung der noch immer in russischer ngenschaft sichmachenden Deutschen unternommen. Die Note den Alliierten ein eingehendes Bild von der entsetzlichen der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. Es wird darin stellt, daß von rund hunderttausend deutschen Kriegsgefangene- in Rußland 40 000 an Seuchen gestorben sind. Ungezählte ende sind, an Körper und Seele gebrochen, als Flüchtlinge in Waterland zurückgekehrt. Viele Tausende sind verstorben. 0 befinden sich noch unter jurchibarrten Verhältnissen in Ruß- Von ihnen sind rund 5000 Krüppel. Neunzig Prozent von a sind so krank, daß sie einen weiteren Winter in Sibirien icht überleben dürfen. Angesichts dieses tiefster mensche- s Elends hat General v. Hammerstein in der Note die Bitte re Alliierten und assoziierten Regierungen gerichtet, alle Maßnahmen der deutschen Regierung zu unterstützen, um die Befreiung der 27 000 deutschen Kriegsgefangenen noch vor reiß des Winters zu bewerkstelligen. Hierzu wurde der An- geheilt, einer zwölftägigen deutschen Sonderkommission, die des Note-Freig-Delegierten, Schwesern und Gefangenen- org-Sachverständigen zusammenzusetzen soll, unermüßlich die nach Sibirien über Nordamerika zu gestalten. Ferner e beantragt, daß die mit reichen Geldmitteln versehene Son-

derkommission sich in Sibirien in drei Unterkommissionen teilen darf, die im Einvernehmen mit den Ententevertretern und den lokalen Behörden im Omsker Distrikt in Mittelsibirien und im Triamur-Gebiet außer Hilfsmaßnahmen für die deutschen Gefangenen alle erforderlichen praktischen Vorbereitungen für ihren Abtransport treffen würden, der noch vor dem Winter durchge- führt werden soll.

Ernährungsfragen.

Zur Staffellung der Lebensmittelpreise

wurde in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung ein sozialdemokratischer Antrag verhandelt. Zur Deckung der Kosten, die der Gemeinde durch diese teilweise Herabsetzung der Preise entstehen, wurde beantragt, L u z u s w o h n u n g e n mit einem Mietzins von über 3000 Mark, ferner Kraftwagen, Equipagen und Hunde mit einer Steuer zu belegen. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Uebergangs- wirtschaft überwiesen.

Wirtschaftliches.

Japanisch-deutsche Schifffahrt.

Vom 19. d. M. ab wird die Sperre über Deutschland von japanischer Seite aufgehoben. Die japanischen Schiffe haben wieder die Berechtigung, deutsche Häfen anzulaufen.

Verbandsrat der Maschinisten und Heizer.

K. r. Die 13. Verbands-Generalversammlung der Maschinisten und Heizer, die vom 8. bis 13. Juni in Halle a. S. stattfand, hatte eine größere Bedeutung und zwar auch für die Allgemeinheit. Schon die Vorstandsberichte und die sich daran anschließenden Debatten boten viel Bemerkenswertes. Es ist natürlich, daß sie sich in der Hauptsache um die „Politik“ der freien Gewerkschaften in der Kriegszeit drehten. Von dem Delegierten Wilh. Müller r-Spandau, der sich als Kommunist bezeichnete, wurde die General- kommission der Gewerkschaften und die Regierung Scheidemann gleichermaßen angegriffen. Unter Ebert sei es schlimmer als unter Wilhelm II, denn wer jetzt in Schutzhaft genommen werde, müsse mit seinem Leben abschließen. Die Delegierten aus Berlin, Bremen und einigen anderen Orten brachten eine Resolution ein, die das Verhalten des Verbandsvorstandes während des Krieges besonders wegen der Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz und wegen des Ankaufs der Kriegsanleihe auf das allerentschiedenste verurteilt. Die Angriffe wurden von dem Vertreter der Generalkommission W. C o h n und anderen Rednern energisch zurückgewie- sen. Ein Antrag der Düsseldorfer Vertreter wollte darüber hia- aus dem Verbandsvorstand ein Mißtrauensvotum aussprechen. Nachdem 37 Redner zu der Sache gesprochen, wurden die Anträge mit 44 gegen 13 Stimmen abgelehnt, also die Haltung des Verbandsvorstandes gebilligt. Abgelehnt wurde auch ein An- trag, der Vorwärtsbruderei die Herstellung der Verbandszeitung zu entziehen und sie an eine Druckerei der unabhängigen Sozial- listen zu vergeben. Dagegen wurde beschlossen, zur Unterföhung der Revolutionsopfer 1000 Mark aus der Verbandskasse zu geben und die „Arbeitsgemeinschaft“ (mit den Unternehmerverbänden) nicht mitzumachen. Protest wurde auch erhoben gegen die Ein- stellung von „Zeitfreiwilligen“ in die Elektrizitäts- und Gaswerke, die eine verächtliche Suche nach Streikwilligen sei.

Als Vorsitzende des Verbandes mit gleichen Rechten werden Klebe und Schlichting gewählt, als Verbandssekretäre Galle und Bube, als Redakteur Sch Lieng und Kirsch- ned, als Kassierer Jüsel und Klein. Allgemein bedauert wurde der Abtritt des jetzigen 1. Vorsitzenden Scheffel zum Eisenbahnerverband, wodurch man eine tüchtige Kraft verloren habe. Ueber die Festsetzung der Gehälter der Verbandsangehö- rigen entspann sich eine lebhafte Debatte. Es kam aber zum allge- meinen Ausdruck, daß die Bezahlung eine angemessene sein und die Angestellten vor Nahrungsjorgen geschützt sein müßten. Die Arbeiterlöhne seien jetzt vielfach höher als die der Angestellten.

Ein Referat Sch Lieng über die Reichstaxiforträge und die Gewerkschaften sprach sich für kräftigste Förderung des Tarifwesens aus. Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 regelte das Tarifvertragswesen noch nicht in wünschenswerter Weise. Es müsse weiter der Organisationszwang eingeführt werden. Es wäre nicht nur gut, wenn die Arbeiter familiär organi- siert wären, sondern auch, wenn die Unternehmer ihren Verbän- den angehörten. Es sei zwar der Organisationszwang schwer durchführbar, weil wir mehrere Richtungen in der Gewerkschafts- bewegung haben. Eine Resolution in diesem Sinne wird angenom- men.

Ueber die staatliche Prüfung der Maschinisten und Heizer spricht Klebe-Hamburg. In den Kessel- und Maschinenanlagen sind große Werte an Nationalvermögen investiert. Ihr Schutz bedarf der Erweiterung. Es ist von der Reichs- regierung die Errichtung von staatlichen technischen Lehrkursen mit Abschlußprüfung für Maschinisten und Heizer zu fordern. Bei Anstellung des Lehrplanes ist die Gewerkschaftsorganisation zu hören. Redner legt eine Resolution vor, die der Verbandsvor- stand beauftragt, der Reichsregierung diese Forderung zu unter- breiten. Weiter wird der Verbandsvorstand beauftragt, zu dem Entwurf des preußischen Handelsministers betr. Befähigungsnach- weis für Maschinisten auf Binnenhäfen Gegenanträge einzu- reichen. Es wird dagegen protestiert, daß vor Veröffentlichung dieses Entwurfes der Verband nicht gehört wurde.

Ein Antrag verlangt, daß in Zukunft Heizer und Maschinisten zu prüfen sind und sie vorher eine sechsmonatige praktische Tätig- keit hinter sich haben. An Dampfkesseln und Maschinen sollen Nationen unter 18 Jahren nicht beschäftigt werden. Das Gesetz betr. Dampfkesselbetrieb vom 3. Mai 1872 wonach zur Bewartung von Dampfkesseln nur männliche Arbeiter zugelassen sind, ist sofort wieder in Kraft zu setzen, also die durch die Kriegsverhältnisse gestatete Beförderung durch Frauen aufzuheben.

Ein Referat Jüsel-Berlin fordert die Uebernahme der Dampfkesselrevisionen durch das Reich sowie die Anstellung von Inspektoren zu diesen Prüfungen aus Arbeiter- kreisen. Die Dampfkesselkommissionen, die jetzt die Prüfung vornehmen, sind die Heizer der Kessel. Eine gründliche Besse- rung kann nur eine reichsgesetzliche Regelung bringen. — In der Aussprache über die Statutenänderung kommt zum Ausdruck, daß der Kassenkassencharakter der Organisation mehr gewahrt werden müsse. Das Statut wird gründlich umgestaltet. Die Wochenbeiträge werden auf 90 Pfg. erhöht werden, wovon 75 Pfg. an die Hauptkasse kommen. Das Eintrittsgeld soll 1 Mk. betragen. Es wird dem Vorstand ein „Beitrag“ aus 10 Personen beigegeben. Streikunterstützung wird schon nach 13 Wochen Mitgliedschaft ge- währt. Der nächste Verbandsrat hat in Karlsruhe stattzufinden. Der Sitz des Ausschusses bleibt Hamburg. Zum Gewerkschafts- kongress werden eine Reihe Anträge angenommen. Anwesend sind rund 70 Vertreter.

Der Prozess Ledebour.

In der Dienstags-Sitzung kam es nicht zu Plädoyers. Es gab einen heftigen Kampf zwischen Gericht und Verteidigung. Das Gericht legte mehrere Beweisurteile der Verteidigung ab, wozu sich Marie Ursenanderlegungen knüpfen, an denen sich besonders Rechtsanwalt Rosenfeld und der Angeklagte beteiligten.

Zu Beginn der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß dem Zeu- gen Tyszkä von den zuständigen Behörden sicheres Geleit gewährt worden sei. Es stellte sich aber heraus, daß Tyszkä nicht erschle- nen war. Die Verteidiger stellen deshalb den Antrag, einen Zeugen Schneider zu vernehmen, der ausagen werde, daß Mayer und Ledebour verabredungsgemäß, nachdem sie in Stetig ver- haftet waren, auf der Fahrt nach Berlin erschollen werden sollten. Der Staatsanwalt widerspricht der Ladung dieser Zeugen, da diese Dinge zu sehr in losem Zusammenhange mit den bewiesenen Dingen ständen. Bei dieser Gelegenheit kommt der Verteidiger Rosenfeld nochmals darauf zu sprechen, daß man den Zeugen An- ton Fischer hier nicht habe auslagen lassen. Der Staatsanwalt- schaft sei der Vorwurf zu machen, daß sie hier der Verteidigung in den Arm gefallen sei. Staatsanwalt zum Broich vermahnt die Staatsanwaltschaft gegen diesen Vorwurf. Die Verteidiger hüt- ten sich an die vorrechte Adresse gewandt. Die Staatsanwaltschaft habe die Erlaubnis zur Aussage nicht zu verweigern und nicht zu vergeben. Rechtsanwalt Rosenfeld glaubt feststellen zu müssen, daß die Staatsanwaltschaft von der Stelle abtrüde, die die Ver- nehmung des Fischer verhindert habe. Rechtsanwalt Obuch for- dert dringend, den Zeugen Schneider zu vernehmen, schon in einem Teil der Beweisaufnahme habe sich ergeben, daß Fischer absolut unwahre Angaben gemacht habe. Es sei angebracht, darauf zu- rückzukommen. Der Antrag wird abgelehnt, da die Glaubwürdig- keit Fischers unerheblich sei.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Es ist nun nicht mehr möglich, in der Frage der Ermordungsabsichten Feststellungen zu treffen. Ich bitte mich deshalb als Zeugen dafür an, daß mir Tyszkä gesagt hat, daß Ledebour und Meyer von ihm auf Anweisung des Fischer verhaftet worden sind, daß sie mit Tyszkä nach einem Haus in der Adlerstraße gefahren sind, wo Fischer wohnte, daß Fischer auf einen Pfiff von Tyszkä heruntergekommen ist und der Begleitmannschaft gesagt hat: „Ersticht die Leute und schmeißt sie in die Spree. Warum wollt Ihr Euch mit ihnen noch herum- schleppen“, daß Tyszkä in drei Wochen von Fischer 24 000 Mk. bezogen hat, und daß einmal in der Nähe von Liebknechts Woh- nung vier Maschinengewehre aufgestellt waren, die der Ermor- dung Liebknechts dienen sollten. Das alles hat mir Tyszkä er- zählt, und es hat auf mich den Eindruck der Wahrheit gemacht. Die in der Nähe der Liebknechtschen Wohnung aufgestellten Ma- schinengewehre sind Liebknecht nur deshalb nicht gefährlich ge- worden, weil er, als sie in Funktion treten sollten, nicht kam. Tyszkä hat sich den Zumutungen des Fischer nicht zugänglich gezeigt. Deshalb leben Dr. Meyer und der Angeklagte Ledebour heute noch.

Angeklagter Ledebour: Es besteht eine Stelle, die die Ermordung politischer Gegner systematisch betreibt. Wir werden verhindern, diese Stelle hier aufzudecken. Die Nordzentrale re- giert das Deutsche Reich. (Rüge des Vorsitzenden.)

Der Antrag wird abgelehnt, die von Rosenfeld gemachten An- gaben als wahr unterstellt.

Aus der Partei.

Das Amtsblatt der dritten Internationale. Wie aus Holland gedruckt wird, hat der Volkzugsausschuß der dritten Internatio- nale die erste Nummer eines Amtsblattes dieser Internationale erscheinen lassen. In dieser Nummer werden Artikel von Lenin, Trocki, Gorgi und Guitheuz veröffentlicht. In einem besonders bemerkenswerten Artikel kennzeichnet Sinowoff die Sozialisten, die in Bern eine „gelbe Internationale“ zu schaffen ver- sucht haben, als Verräter.

Kommunales.

Fleischnot in Berlin. Die Fleischnot, die gegenwärtig in Ber- lin herrscht und geradezu katastrophale Folgen zeitigte, hat den Berliner Magistrat veranlaßt, an das Reichsministerium zu. Hän- den Scheidemann ein Telegramm zu richten, in dem es heißt: „Großberlin ist zurzeit von inländischem Frischfleisch vollständig entblößt, weil die Zufuhr von Vieh nach und nach ganz aufhört. Statt dessen werden wir täglich auf das ausländische Gefrierfleisch verwiesen, das mit 11 Mark drei- bis viermal teurer ist als das inländische Fleisch. Dieser Zustand ist neben der Preiserhöhung für Kartoffeln und Milch für die Masse der großstädtischen Be- völkerung vollständig unhaltbar. Nach Beratung mit den Groß- berliner Arbeiterkommissionen bitten wir, schleunigst ernste Maß- nahmen zu ergreifen, um die geleglich vorgeschriebene Pflichtle- stung von Vieh wieder in Gang zu setzen.“

Auch ein Zusammenbruch der Berliner Milch- versorgung ist eingetreten. Mit alzu großer Geduld haben die verantwortlichen Behörden tatlos zugehauen, wie unter den Augen ihrer Kontrollorgane die Milch entweder im Schleich- handel verlohren oder heimlich verbuttert wurde. Es gab in Berlin einen förmlichen Ueberschuß an Butter, wenn 30—33 Mark für das Pfund bezahlt wurden. Unterdessen mußte nahezu jede Woche die Milchration der Säuglinge und Kranken gekürzt werden. Jetzt sehen sich die Großberliner Gemeinden ge- zwungen, in Konkurrenz mit den Schleichhändlern zu treten, indem sie den ohnehin bereits außerordentlich hohen Preis von 56 Pfg. auf 80 Pfg. pro Liter erhöhen, um durch dieses sehr hohe Preis- anbieten nur den äußersten Notbedarf an Milch decken zu können. — Wirklich traurige Zustände, an denen die nimmerfattigen Agrarier die Hauptschuld tragen.

Aus Nah und Fern.

Brand in den Docks von Liverpool. „De Telegraaf“ zufolge richtete ein großer Brand, der noch wüet, in den Docks von Liver- pool großen Schaden an. Der Wert der bisher verbrannten Waren, darunter Mehl, Speck, Fleischwaren und Aderbaugeräte, wird auf eine Million Pfund Sterling geschätzt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zweierlei Maß.

Unter dieser Bezeichnung spricht eine Sprechsaalnotiz von der „Bevorzugung“ der rituell lebenden Juden bei der Fleischversorgung. Dazu sei folgendes bemerkt: Die Allgemeinbevölkerung hat er- halten in der Woche vom

- 26. 5.— 1. 6. ¼ Pfund amerikanisches Schweinefleisch,
- 2. 6.— 8. 6. ¼ frisches Fleisch, 2 ½ Büchsenfleisch, zus. 200 gr,
- 37 15 Pfund Fischmurre,
- 9. 6.— 15. 6. ¼ Pfund amerikanisches Schweinefleisch an Stelle des Verderblichen,
- 16. 6.— 22. 6. 200 gr Büchsenfleisch (Rindfleisch).

In diesen vier Wochen hat die rituell lebende jüdische Bevölke- rung insgesamt 300 gr und ein Teil (so weit der Vorrat reicht) 400 gr und zwar recht minderwertiges Rindfleisch erhalten. An Stelle der Sonderzuteilung von Speck, die schon vorher mehrmals erteilt wurde, ist in anderen deutschen Städten der rituell lebenden Bevölkerung Ersatz in Fleisch gegeben worden. Hier ist etwas Ähnliches nicht erfolgt. Ebenföwenig hat die rituell lebende Bevölkerung Knochen oder Schmalz verbrauchen können. Bedenkt man ferner noch, daß nur die an Qualität geringen Vorderviertel der an und für sich schon recht mindere- wertigen Tiere für den rituellen Zweck brauchbar sind, kann man sich eine Vorstellung von der „Bevorzugung“ der rituell lebenden Juden Lübecks machen. Uebrigens sind es noch nicht einmal 500 Seelen, um die es sich hierbei handelt.

Ein jüdischer Leser.